

Einzelpreis 70 Heller.

033

Preis

Telephon:
Tagesredaktion: 6795.
Nachredaktion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückführung von Mann-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich (100).

4. Jahrgang.

Mittwoch, 4. Juni 1924.

Nr. 131.

Das Ultimatum der Agrarier.

In der Koalition ist eine ernste Krise ausgebrochen und fast scheint es, als sollte den tschechischen sozialistischen Parteien der Dank für ihre fünfjährige treue Mitarbeit in der Koalition abgestattet werden. Die tschechischen Agrarier haben die Forderung nach Einführung von Getreidezöllen gestellt und sie verlangen, daß dieser Forderung noch in der Frühjahrsession des Parlaments Rechnung getragen werde, damit die Zölle schon vor der neuen Ernte Geltung erlangen. Der Beschluß der Agrarier ist so formuliert, daß die Regierung darin aufgefordert wird, ihr seinerzeitiges Programm, in dem von der Herstellung der gleichen Erzeugungsbedingungen bei Industrie und Landwirtschaft gesprochen wurde, innerhalb der erwähnten Frist zu erfüllen. Anfangs wurde dieses Verlangen dahin gedeutet, daß die Agrarier eine Herabsetzung der Zölle für Industrieerzeugnisse zum Zwecke der Verbilligung jener Waren anstreben, welche für die Landwirte als Konsumenten in Betracht kommen, doch der Klub der agrarischen Abgeordneten läßt keinen Zweifel mehr darüber, sein Verzicht sei so zu verstehen, die durch die Industriezölle herbeigeführte Verteuerung der Industrieprodukte müßte durch die Einführung von Getreidezöllen, das ist durch eine Verteuerung von Mehl und Brot ausgeglichen werden. Das heißt: „ausgeglichen“ lediglich für die Agrarier, nicht auch für die übrige Bevölkerung, die neben der durch die Industriezölle bewirkten Verteuerung, auch noch eine Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel infolge der geforderten Getreidezölle auf ihre Schultern aufladen lassen soll. Diese Verteuerung würde eine für die Konsumenten sehr schmerzhaft sein, denn die Zölle auf Getreide und Mehl soll für den Meterzentner 42 Kronen betragen!

Das also ist des Pudels Kern! Die konsumierende Bevölkerung soll wieder nach dem System des Vorkriegszolles geplündert werden, um auf Kosten ihrer Lebenshaltung und Ernährung einer bestimmten Klasse, der Klasse der Agrarier, Vorteile zu verschaffen. Die Forderung nach Getreidezöllen mit dem „notwendigen Schutz der Landwirtschaft“ begründen zu wollen, sind ein aufgelegter und bewußter Schwindel. Es handelt sich um keinen „Schutz“, sondern um die Sicherung und Ausdehnung eines Profitprivilegs. Die Zölle bezwecken in den seltensten Fällen, irgendwelche Zweige der Volkswirtschaft vor der Schmutzkonkurrenz ausländischer Kapitalisten zu schützen, um damit Arbeitslosigkeit und Hunger von der heimischen Bevölkerung abzuwehren, sondern sie dienen meist nur der Bereicherung der industriellen und landwirtschaftlichen Kapitalisten. In diesem Falle aber ist das Verlangen der Agrarier eine blanke Forderung. Die inländischen Getreidepreise stehen nicht unwesentlich über dem Weltmarktpreis, aber gerade das benützen die Agrarier als Begründung ihrer Forderung. Sie erklären, im Falle der Aufhebung des Bewilligungsverfahrens (die Einfuhr von Mehl und Getreide ist gegenwärtig an die Erteilung einer Bewilligung gebunden, die schon heute wie ein „Schutzzoll“ wirkt) würde aus dem Auslande billigeres Getreide eingeführt und der Preis des inländischen Getreides dadurch gedrückt werden. Die Agrarier fordern also als ihr heiliges, unantastbares Recht, daß die einheimische Bevölkerung Mehl und Brot auch weiterhin teurer bezahlen, als die Konsumenten in den anderen Ländern, und verlangen nun auch, daß ihnen die Verbraucher noch mehr ausgeliefert werden als bisher. Geht es den Agrarier etwa so schlecht, daß in ihrer wirtschaftlichen Notlage dieser Angriff auf die Taschen der Bevölkerung eine gewisse Rechtfertigung jände? Sie verdienen vielleicht heute nicht mehr so viel, wie

Ein Kabinett Marx mit Ausschluß der Deutschnationalen.

Unmittelbar bevorstehender Amtsantritt.

Berlin, 3. Juni. (Eigenbericht.) Die neue Reichsregierung ist endlich in Bildung begriffen und wird wohl noch im Laufe des heutigen Abends ihr Amt antreten. Die Regierung wird im Grunde genommen das alte Kabinett Marx mit ganz geringen Änderungen sein. Insbesondere dürften wohl der Ernährungs- und Land-

wirtschaftsminister Graf Rautenbach ausscheiden. Die Deutschnationalen werden infolge ihrer Haltung zur Außenpolitik an der Regierung nicht beteiligt sein. Die neue Regierung wird wahrscheinlich morgen nachmittags um fünf Uhr im Reichstag ihre Programmklärung abgeben.

Die Sozialdemokraten werden Herriot unterstützen.

Paris, 3. Juni. (Eigenbericht.) In später Stunde hat der Parteitag die Richtlinien bezüglich der Haltung der französischen Sozialdemokratie in der Frage der Beteiligung an der Regierung beschlossen. Die Entscheidung fiel, wie nicht anders zu erwarten war, gegen eine Koalitionsregierung aus. In einer Resolution spricht sich der Parteitag für die Unterstützung des Kabinetts Herriot aus und gestattet der Kammerfraktion, für das Budget der künftigen, von den sozialistischen Abgeordneten unterstützenden Links-Regierung zu stimmen.

Es sei hervorgehoben, daß die Beschlüsse des Parteitages mit Einstimmigkeit erfolgt sind. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Der Parteitag beschließt unter den augenblicklichen Verhältnissen von einer Beteiligung an der Regierung abzusehen. Die Statuten der Partei sichern in genügender Weise die Mittel, die gleiche Frage von neuem vor der Partei aufzurollen, wenn außerordentliche Verhältnisse auftreten, die diese Befragung notwendig machen. Im Dringlichkeitsfalle ist der Verwaltungsausschuß ermächtigt, entweder auf eigene Initiative oder auf Verlangen der parlamentarischen Fraktion einen Nationalrat der Partei einzuberufen, dem die Befugnisse eines Parteitagés übertragen werden.“

Der zweite Beschluß, der der Herriot-Regierung die parlamentarische Unterstützung zusichert, lautet:

„Der Parteitag dankt der radikalen Partei für die Mitteilung, die ihm zugegangen ist. Er ist der Ansicht, daß er sich dem Falle gegenübersehen, der durch den letzten Paragraphen der Tagesordnung von Marseille vorgeesehen und dargelegt worden ist und nach dessen Wortlaut die Unterstützung der sozialistischen Partei jedem Werke der erneuernden Reform und aufrichtigen Demokratie gesichert ist und infolgedessen jeder Regierung, die entschlossen ist, dieses Werk zu unternehmen. Die sozialistische Partei beauftragt also ausdrücklich die parlamentarische Fraktion in diesem Sinne. Sie beauftragt sie, strenger als jemals für die Einheitlichkeit der Abstimmung zu sorgen, die in politisch schwierigen Umständen notwendig ist. Sie beauftragt sie, fernerhin die Maßnahmen zu prüfen, die im Parlamente den Erfolg des von der linken Mehrheit begonnenen Kampfes sichern würden. Um der Reaktion eine besondere gefährliche parlamentarische Waffe zu nehmen und um die Loyalität der Unterstützung zu beweisen, die die sozialistische Partei zu gewähren bereit ist, entbinde sie die parlamentarische Fraktion der von den Par-

teiregeln vorgeesehenen Verpflichtung, in jedem Falle gegen die Gesamtheit des Budgets zu stimmen.“

Der Parteitag ernannte zugleich den Geschäftsführer der Kammerfraktion, Genossen Léon Blum, diese Beschlüsse Herriot zur Kenntnis zu bringen. Blum tat dies mit folgendem Begleitbriefe:

Lieber Mitbürger! Der Parteitag der sozialistischen Partei hat mich beauftragt, Ihnen den Text der beiden von ihm angenommenen Tagesordnungen als Antwort auf die beiden Briefe zu übermitteln, die Sie uns im Namen der radikalen und radikalsozialistischen Partei zugestellt haben. Er beauftragt mich fernerhin, Ihnen zu versichern, daß er für dieses offeneherzige und vertrauensvolle Unternehmen volles Verständnis hat, die eine andere Methode in den politischen Beziehungen der Parteien eröffnet. Die sozialistische Partei versteht den ganzen Ernst der Frage, die ihr von der radikalen und radikalsozialistischen Partei vorgelegt wurde und die sie auf die Tagesordnung ihres Parteitages gestellt hat. Die sozialistische Partei weiß oder vermutet vielmehr, daß die Wahrheit systematisch Frankreich verbergen worden ist, in welchem Zustande vier Jahre die Regierung des Hc National das Land hinterlassen habe. Die sozialistische Partei weiß auch, welche gegensätzlichen und heilsamen Wirkungen des Land von der politischen Veränderung erhofft, wie sie die Wahl vom 11. Mai geschaffert hat. Sie weiß, daß eine mächtige Bewegung der öffentlichen Meinung im Lande — eine Bewegung, die besonders leicht zu verstehen ist nach einem Kampfe, der gemeinsam in zahlreichen Departements unternommen worden ist, — erwartet, der Erfolg dieses Wertes werde aus einer gemeinsamen Regierungsbildung der radikalen Partei und der sozialistischen Partei hervorgehen. Die sozialistische Partei legt sich auch ebenfals klar Rechnung ab von der Enttäuschung, die sich der Kreise der Nation benachteiligen würde, wenn die große Hoffnung, die sie sich vom 11. Mai versprochen hat, nicht verwirklicht würde und sie verkennt nicht den Ernst der Folgen jeder Art, den diese Enttäuschung mit sich führen könnte. Sie glaubt jedoch, daß es unter den augenblicklichen Umständen nicht möglich ist, das Angebot, das ihr gemacht worden ist, anzunehmen. Wie Sie jedoch durch die Lesüre unserer beiden Tagesordnungen feststellen werden, hat die sozialistische Partei in diesen Beschlüssen in dem gleichen Geiste der Loyalität und des Vertrauens der Regierung, die durch die radikale

in der Kriegs- und Nachkriegszeit, wo sie aus dem ärgsten Hunger und Elend der beschlagnahmten Bevölkerung den reichsten Profit zogen, aber von einer Notlage sprechen zu wollen, wäre ärgster Betrug. Schließlich darf nicht daran vergessen werden, daß die Agrarier zum Unterschied von anderen Ständen, welche ihr letztes Hemd opfern mußten, in den bittersten Zeiten der allgemeinen Not ihren Besitz nicht nur heil und unverfehrt zu bewahren vermochten, sondern daß sie diesen Besitz vielfach zu vermehren, ihre Hypothekenschulden abzustatten, neue Geräte und Maschinen zu erwerben, kurz ihr Vermögen zu vermehren vermochten. Selbst wenn es wahr wäre, daß die Agrarier jetzt nicht ihr Einkommen auf der Vorkriegeshöhe zu erhalten vermögen, so wäre auch dann ihr Verlangen nach Zuzahlung höherer Gewinne ungerechtfertigt, denn Millionen von Staatsbürgern trifft ein weit ärgeres Schicksal. Der Staat und die Unternehmer haben die Bezüge und Löhne ihrer Angestellten und Arbeiter weit unter dieses Maß, ja sogar weit unter das Niveau, das diesen errögtliche Lebensbedingungen sichern würde, gekürzt. Der Vorwand war die Herbeiführung der Konkurrenzfähigkeit der Industrie und des Handels auf dem Weltmarkte. Gerade in dieser Zeit nun, da alle arbeitenden Menschen Opfer bringen müssen, fordert die Selbstsucht der Agrarier eine Vermehrung ihres Einkommens! Dabei jehen sich die Agrarier rücksichtslos über alle Erwägungen hinweg, welche Folgen die Erfüllung ihres Verlangens für die Allgemeinheit und für die Volkswirtschaft haben müßte. Sohe Getreidepreise müßten in absehbarer Zeit zu Lohnkämpfen in der Industrie den Anlaß geben, denn die Lage der Industriearbeiter ist schon

unter der Grenze der Existenzmöglichkeit. Die Vorstellung, daß ihre Existenz nur deshalb noch eine weitere empfindliche Herabdrückung erfährt, weil die Agrarier reichere Gewinne aus dem Verkauf ihrer Produkte anstreben, müßte verbitternd und aufreizend wirken, ein solcher Raubzug auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft als unerträglich empfunden werden.

Es verdient festgehalten zu werden, daß nicht nur die deutschen Agrarier sich mit der Forderung ihrer tschechischen Kollegen soligarrisch erklären — an der Einigkeit der grünen Internationale könnte sich die sozialistische Arbeiterschaft auch sonst ein Muster nehmen! — sondern, daß auch die Presse der deutschen Industriekapitalisten sich für sie ereifert. Diese ideologische Gemeinschaft beruht auf dem alten Schachergeschäft zwischen Agrariern und Industriellen, die sich auch schon früher mit der Gewährnung von Zöllen gegenseitig in die Hände arbeiteten. Die Industriellen besorgen, es könnte zur Herabsetzung gewisser Zölle kommen, darum sind sie lieber dafür, daß auch den Agrariern mit den Getreidezöllen ein Geschenk gemacht wird. Gerade in deutschbürgerlichen Blättern wird der Versuch unternommen, die Forderung der tschechischen Agrarier nach Getreidezöllen für die Steigerung der Gesamtkosten des Lebensunterhaltes als keineswegs sehr erheblich hinzustellen, denn der Betrag, den ein Erwachsener für Brot und Mehl ausgeben, sei nur etwa 1,2 Prozent der Gesamtanslagen. Die Statistik, auf die sich diese Berechnung stützt, ist falsch, aber auch wenn es richtig wäre, daß für eine Person die Getreidezölle eine Erhöhung der Ausgaben von etwa 56 Kronen zur Folge hätte, so bedeutet das

bei einer mehrköpfigen Arbeiter- oder Beamtenfamilie eine ebenso große Vervielfachung dieses Betrages, und daß dies im Haushalte solcher Familien nicht schmerzhaft fühlbar wäre, kann nur jemand behaupten, der keine blaue Ahnung davon hat, wie dürftig, Sorgen- und Lummervoll schon heute das Leben dieser Armen ist.

Das liebevolle Verständnis, das die Forderung der tschechischen Agrarier in der deutschen kapitalistischen Presse findet, hat aber auch noch einen andern Grund: das ist das Motiv, das die Agrarier antreibt, gerade jetzt mit ihrem Ultimatum herauszutreten. Durch ihr Verlangen nach Getreidezöllen wollen die Agrarier die Sozialversicherung erschlagen! Sie wollen sich der Pflicht, für die landwirtschaftlichen Arbeiter Versicherungsbeiträge zahlen zu müssen, entziehen. Lieber soll die Koalition zum Teufel gehen, ehe sie sich darin fügen, für die Altersversorgung ihrer Arbeiter etwas beizusteuern! Man begreift, daß diesem Beginnen auch die deutschen Industriekapitalisten Beifall Natien. Wegen das illoyale Vorgehen der Agrarier nehmen sowohl die tschechischen Sozialdemokraten wie auch die Nationalsozialisten entschiedene Stellung und beide Parteien haben Reichskonferenzen einberufen, welche zu dem Anschlag der Agrarier Stellung nehmen sollen. Die Situation ist für die Koalition ernst, schon die nächsten Tage können ihr Ende bringen. Wenn sie stirbt, so wird dies so würdig geschehen, wie sie gelebt hat. Daß sich gerade jene anschliden, ihr den Todesstoß zu geben, deren willfährigstes Werkzeug sie war, wird die Verwünschungen, die ihr ins Grab folgen werden, nicht mildern!

und radikalsozialistische Partei gebildet würde, auf Grund des Programmes, dessen leitende Linien Sie uns mitgeteilt haben, deren parlamentarische Unterstützung zu gewähren beschloßen. Die sozialistische Partei hofft selbst, durch diese Unterstützung der radikalen Partei die Mittel zu geben, die schwere Aufgabe, die ihr die Situation auferlegt, durchzuführen und auf diese Weise dem französischen Volke das Werk des Fortschrittes, der Gerechtigkeit, des Friedens zu sichern, an dem der Wunsch Frankreichs und der ganzen Welt hängt.

Die Aufforderung der französischen Kommunisten an den sozialdemokratischen Parteitag, eine sozialistische Einheitsfront zu bilden,

beantwortete der Kongreß mit folgender Kundgebung an die Kommunisten:

Mitbürger! Wir bestätigen den Empfang des Briefes, dem Ihr an uns gerichtet habt. Als Antwort findet Ihr beiliegende Tagesordnung, die unser außerordentlicher Parteitag angenommen hat. Wir fordern Euch in der dringendsten Form auf, Euch den Anstrengungen anzuschließen, die wir in voller Unabhängigkeit im Parlamente unternommen werden, um so schnell wie möglich eine Politik des sozialen Fortschrittes, demokratischer Reformen und internationalen Friedens zum Siege zu führen. Nehmet, Mitbürger, unseren sozialistischen Gruß entgegen.

Eine Rede Dr. Otto Bauers.

Ueber Weltpolitik und Sozialismus.

In einer Wählerversammlung, die sich zu einer großen sozialistischen Kundgebung gestaltete, sprach Otto Bauer Samstag in Brünn über „Weltpolitik und Sozialismus“ und über „Kapitalistische und sozialistische Kommunalpolitik“. Wir bringen heute den ersten Teil der Rede. Bauer führte aus:

Was die Welt seit dem Jahre 1919 mitgemacht, ist eine Periode der schrecklichsten Wirren, die im Grunde genommen natürlich sind. Man hat mit dem Kriege das ganze alte Weltgebäude in Wirklichkeit zerstört, alte Staaten zerlegt und neue geschaffen. Dies ist auf der Landkarte leicht. In Wirklichkeit zeitigt es aber keine Konsequenzen, es erfordert die Lösung schwieriger Probleme des Anpassungsprozesses der Wirtschaft und auch die Anpassung der Menschen an die neuen wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Verhältnisse. Das, was die Welt durchmacht, ist im Grunde die Liquidation der ungeheueren Katastrophe, die der Krieg über die Menschen gebracht hat. Das hat die verschiedenartigsten Folgen, unter anderem auch politische Folgen gezeitigt. Die Periode der Wirren hat für uns Sozialdemokraten eine ungeheuerere Steigerung der Macht bedeutet, in manchen Ländern sogar zu deren Unglück, die Gegenrevolution wie in Ungarn und Italien, in anderen Ländern erfolgte ein Rückschlag der Arbeiterklasse. Die sozialdemokratischen Parteien sind vor ungläubliche und unerwartete Situationen gestellt worden und haben dadurch ihre Einheit verloren. Der Streit ist in die Arbeiterklasse geraten, Parteien sind gespalten worden. Ich kenne Leute, die auf jedes solche Ereignis immer sagen: Na also, die Notizen sind bald fertig, mit dem Marxismus geht es abwärts, die Sozialdemokratie ist eine untergehende Partei. Wenn wir irgendwo bei den Gemeindevahlen ein Mandat verlieren, triumphierten sie. Erringen wir aber am nächsten Tag die größten Siege, wollen sie es nicht sehen. Werfen wir denn nicht, was in der Welt vorgeht? Wir haben heute eine Lage in Europa, in der gerade in den Siegerländern die Arbeiterklasse mit einer derartigen Geschwindigkeit im Aufstieg begriffen ist, wie es vor kurzer Zeit noch niemand zu prophezeien gewagt hätte. Wer hätte gewagt, zu sagen, daß die Regierung über das britische Weltreich in Arbeiterhände kommen wird? Es ist eine Arbeiterregierung, die noch keine Mehrheit hat und dadurch auf Schritt und Tritt gehindert ist, sie kann morgen wieder gestürzt werden. Die eine Tat-

sache aber, daß sie regiert hat, löst kein Mensch mehr aus. Und in wenigen Jahren werden die britischen Arbeiter sich nicht mehr vom Kapital regieren lassen, sondern sie werden sich so einrichten, wie sie es brauchen. Wer soll sie daran hindern, in einem Lande wie England, wo die Arbeiter mehr als zwei Drittel der Bevölkerung bilden? Frankreich haben wir in den Händen des wildesten und brutalsten Imperialismus gesehen. Wer hätte vor drei Monaten vorausgesagt, daß in diesem Frankreich Poincaré mit Schande davongejagt werden wird, daß die Blätter der Parteien, die die Mehrheit in der Kammer haben, schreien werden, die Republik müsse Millerand verjagen und, der Präsident des Ruhr-einfalles müsse davongejagt werden, wie ein Lafai, der gestohlen hat? In Frankreich vollzieht sich eine Wandlung, es ist noch nicht so weit wie England. Die Genossen bekommen die Regierung nicht in die Hand, denn die Radikalsozialisten, die regieren werden, sind keine Sozialisten. Es ist aber ein ganz ungeheurer Rückschlag links. Es ist das alte demokratische, republikanische Frankreich, das sich gegen die Schändung seiner Tradition erhoben hat. Wenn Sie von Dänemark hören, wo eine Arbeiterregierung sitzt — es ist auch zum erstenmal eine Frau in der Regierung, — wenn Sie von den belgischen Genossen hören, die bei den nächsten Wahlen die Mehrheit zu erobern hoffen, — wenn Sie hören, daß unsere schwedischen Genossen sich stark fühlen und hoffen, daß die nächste Regierung in Schweden eine sozialdemokratische sein wird, dann müssen Sie doch sehen, was in der Welt vorgeht. Der totesagte Marxismus marschiert in Wirklichkeit mit Riesenschritten zur Macht! Und was uns Oesterreicher anbelangt, wir sind beruhigt. Wir können nicht voraussagen, wie viel Jahre es dauern wird, aber zu hoch schätzen wir diese Zeit nicht. Prälat Seipel ist ein so guter Agitator für uns, daß wir uns keinen besseren wünschen.

Überall vollzieht sich der Vormarsch zur Macht, mit einer für uns sehr traurigen Ausnahme — Deutschland. Was in Deutschland geschehen ist, ist sehr leicht zu verstehen. Der Ruhrerfall, die Katastrophe der deutschen Mark, die durch den französischen Imperialismus herbeigeführt, freilich durch die passive Unterstützung der deutschen Kapitalistenklasse. Das alles hat im Augenblick die deutsche Arbeiterklasse geschwächt, so daß sie eine Niederlage erlitten, daß sie den Achtstundentag und eine Reihe von anderen

Rechten, die sie sich errungen hatte, verloren hat. Wenn ein Staat eine Niederlage erleidet, gibt es eine Revolution. Wenn eine Klasse eine Niederlage erleidet, gibt es Streit und Wirren. Und es gab in Deutschland große Wirren. Viele sind nach rechts, viele nach links abgelenkt, aber wenn heute in Deutschland Wahlen wären, wäre das Ergebnis schon ein anderes, als am 4. Mai, weil die Nation sieht, wie der Reichstag nicht einmal mehr die Regierung zustande bringt, wie der günstigste Augenblick, nach den französischen Wahlen zu einem erträglichen Abkommen mit den Siegermächten zu kommen, verpaßt wurde. Lassen Sie die Dinge so weiter gehen, links und rechts, völkisch und kommunistisch, ich bin außer Zweifel: binnen wenigen Monaten hat sich die deutsche Arbeiterklasse wieder erholt und steht wieder da, wo sie gestanden ist!

Wir sehen, daß sich die Wirren lösen und in diesem Zusammenhange werden sie sich auch bei Ihnen in der Tschechoslowakei lösen. Es ist ganz klar, was in der Arbeiterbewegung vor sich geht. Wir in Oesterreich haben es schlechter als Sie. Wir haben die Gemeindevahlungen vor Ihnen voraus. Aber manche Dinge haben Sie uns voraus. Es fehlt uns ein Brechgesetz, es fehlt uns ein Gesetz zum Schutze der Republik, und vor allem fehlt uns eins: bei uns gibt es keine Kommunisten. Und vielleicht sind wir deshalb in Oesterreich so stark, weil wir einzig geblieben sind und uns nicht haben zerreißen lassen. Ich verstehe, warum es in der Tschechoslowakei anders war. Die tschechischen Sozialdemokraten haben die nationale Revolution — und ich bin der Letzte, der ihnen einen Vorwurf machen würde — im Oktober 1918 mit ihren bürgerlichen Parteien zusammen gemacht. Durch diese geschichtliche Tatsache sind sie in ein anderes Verhältnis zu dem neugegründeten Staate und zu den bürgerlichen Parteien gekommen und an die Koalitionspolitik gebunden geblieben. Es war vorauszu sehen, daß sich ein Teil der tschechischen Arbeiter dagegen auflehnen werde und daß dies eine kommunistische Welle zur Folge haben wird, und das haben Sie mitbüßen müssen. Was die tschechischen Kommunisten, manchmal vielleicht mit Recht den tschechischen Sozialdemokraten vorwerfen, wird Ihnen mitvorgeworfen, obwohl Sie nichts damit zu tun gehabt haben und keinen Einfluss haben. Und weil bei den Tschechen aus historischen Gründen die kommunistische Partei entstanden ist, mußten sich unter den deutschen Arbeitern Leute finden, die gedankenlos genug waren, zu glauben, daß das, was den Tschechen recht ist, hier gut und billig sein müsse. Sie sind dadurch in eine Krise gekommen, die die Arbeiterklasse geschwächt hat. Diese Schwächung soll Sie jedoch nicht blind machen für den großen Fortschritt in der Welt draußen und nicht Kleinmütig machen für die Tschechoslowakei selbst. Wer die Geschichte der Arbeiterbewegung zu studieren sich redlich bemüht hat, darf sagen, daß es Perioden, wo sich die Arbeiter mit den bürgerlichen vereinigt haben, in vielen Ländern gegeben hat, und das Ende solcher Perioden war immer dasselbe. Schließlich muß der Moment kommen, wo der unvereinbarliche Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit das Bündnis sprengt, und auch die allnationale Koalition im tschechischen Lager wird nicht ewig dauern. Auch dort wird dieser Moment kommen, und wer sehen will, sieht vielleicht schon die ersten Vorboden. Es wird der Moment kommen, wo Klasse gegen Klasse steht, und der Arbeiter gegen das Kapital

kämpfen wird. Und wenn der Zeitpunkt da ist, ändert sich die Situation. Nicht nur im tschechischen Lager, sondern auch für Sie, denn dann erst wenn nicht mehr Tschechen gegen Deutsche, sondern Arbeiter gegen Kapitalisten stehen, entsteht wieder die Einheitsfront des Proletariates in diesem Lande.

Und nicht nur als Arbeiter, auch als Deutsche dürfen Sie hoffen. Die heutige Politik in Ihrem Staate ist eine Politik, die gar nichts gelernt hat, und die glaubt, daß alle neuen Staaten dieselben Fehler machen müssen, an denen die alten zugrunde gegangen sind. Diese Politik ist nur möglich, solange die allnationale Koalition dauert. Ich habe keinen Kleinmut für die Zukunft der Arbeiter und auch nicht für die Zukunft der Deutschen in diesem Lande. Die Tatsachen der ökonomischen Kraft und Volkszahl lassen sich auf die Dauer nicht vergewaltigen. Deswegen lassen Sie sich nicht von Dummköpfen, die die Welt immer nur gerade um den Kirchturm des einzelnen Ortes oder in der nächsten Umgebung des Wirtschaftes sehen, aber nicht verstehen, was in der Welt vorgeht, das dumme Geschwätz vom „niedergehenden Sozialismus“ einreden.

Der aus dem Lande kommt, das nicht durch Fehler seiner Geburt solche Wehen zu durchlaufen hat wie Ihres und sieht wie stark wir sind, daß wir die feste Ueberzeugung haben, die Macht in wenigen Jahren zu erobern, eine Ueberzeugung, die im Herzen eines jeden Arbeiters lebt, läßt über solche Argumente. Wir glauben, daß das Schlimmste vorbei ist. Es geht wieder überall vorwärts und es wird auch hier der Moment kommen, wo es vorwärts geht. Darum heißt es aber stark bleiben, damit der Moment Sie gerüstet finde, damit Sie nicht verlieren, was das Wichtigste ist, den Glauben an unsere Sache und die Zuversicht zu einem Sieg. Die englischen Wahlen sind gewiß wichtiger als die Brünnener Gemeindevahlungen. Da sie aber dort nicht kämpfen können, kämpfen Sie momentan da, wo sie können. Jeder Kampf mit ganzer Kraft geführt, macht uns stärker und jede Gelegenheit zu lernen, ist eine Vorbereitung für den Tag, wo wir im Großen verwaltet werden. Darum Genossen sich nicht durch die Schwierigkeiten dieses Bodens Kleinmütig machen lassen! Wir kennen ja diesen Boden, es ist der Boden des alten Oesterreichs mit etwas veränderter Rolle. Oesterreich hat Oesterreich verloren. Hier ist es irgendwo wieder erstanden. Für all das kommt ein Ende. Es kommt der Moment, wo solche Dinge vorüber sind wie in Oesterreich. Es kommt auch für Sie der Tag, wo die Arbeiter zusammenstehen werden und sich ihre Macht und ihr Recht erobern werden und damit miterobern werden, das Recht des deutschen Volkes in diesem Lande. Das ist mein wirklicher Glaube, meine Zuversicht aus aller geschichtlicher Erfahrung heraus und darum bin ich hergekommen, um Ihnen die Krise der österreichischen Arbeiter zu bringen, die noch immer, wenn wir die Arbeiter aller Länder als Brüder und die Deutschen als unsere nächsten Brüder ansehen, in Ihnen den Kampfgenossen von Jahrzehnten, Zwillingenbrüder sehen. Wir können nicht auseinander, wir nehmen den stärksten Anteil an Ihren Kämpfen und wenn es uns momentan etwas besser geht, als Euch — das Gegenteil war auch schon da — wollen wir die Zuversicht zu Euch bringen: Nicht Kleinmütig zu werden, nie den Kopf hängen lassen, jeden Kampf mit allen Mitteln durchzuführen und zu siegen.

Wir lassen uns nicht klein- und hoffnungslos machen, die Herzen hoch und die Fahnen hoch!

Die kleine Lotte.

Roman von Simone Bodbe. (11)
(Copyright by Interterritorialer Verlag „Renouance“, Wien.)

Er erscheint erst einige Stunden später. Diese Kerze — was für Menschen! Sterben kann man, — sie beilen sich nicht. Er untersucht die Kleine, schüttelt den Kopf, fragt, ob sie nicht eine große Angst, irgend eine heftige Erschütterung durchgemacht habe? Lise denkt sich schon, daß das Kind mit dem Vater ins Wasser gefallen sei. Aber sie erwidert trocken:

„Nein!“
„Ist es nicht kein Verurs zu erkennen, zu wissen? Sie sagt hinzu:

„Was hat sie eigentlich?“
„Ich weiß noch nicht — werde wiederkommen — vor allem kein Geräusch in ihrer Nähe.“
„So steht es also? Sie sind Arzt und wissen nicht?“
„Nein, ich weiß nicht.“

Dr. Lagorgne ist seit zwanzig Jahren Bezirksarzt und von der Krankenliste der Blumenarbeiter bestellt. Deshalb sind alle kleinen Kaufleute von der Art der Vugot seine Patienten. Er fordert nur drei Franken für den Besuch. Ein braver Mann, von Familien Sorgen belastet, hat er beschränktes Vertrauen zu seiner Wissenschaft, nichts als den Wunsch, sich nach der Decke zu strecken jedes Jahr auszuwachen. Will alle Welt zufriedinstellen und wie er sagt — niemand umbringen.

Er feiert keine Feiern, blickt die Frau an, lächelt ironisch, scheint ihre Entrüstung nicht schwer zu nehmen... Verlangt Tinte und Feder, um das Rezept zu schreiben.

Am Abend kommt er wieder, wie er versprochen hat. Bleibt bei seiner Meinung, daß das Kind eine Erschütterung erfahren, obgleich die

Mutter hartnäckig leugnet, und erklärt schließlich, daß Lotte Gehirnentzündung habe.

„Nichts hat sich seit heute Morgen verändert, denkt Lise. „Das ist nur so ein Kunstgriff, um einen Besuch mehr zu machen.“

Lise stellt ihren Arbeitstisch an das Bett der Tochter. Sie verläßt sie nicht, geht nur von Zeit zu Zeit nachsehen, was die Arbeiterinnen tun. Nachts schläft sie neben ihr in einem Lehnstuhl. Charles war fünf Tage außer Haus geblieben. Jetzt zeigt er sich tagüber nicht, kommt erst spät zur Nacht heim, betrunken und schwankend. Geht durch das Speisezimmer, drückt sich an die Wand, als wollte er nicht, daß man ihn sehe. Nie fragt er, wie es Lotte geht. Diese Gleichgültigkeit empört die Mutter. Muß man nicht sein Kind lieben? Sie hält nur mit Mühe an sich, ihm nicht entgegenzuschreien, was sie von seinem Betragen denke.

Einmal, nachts, beginnt sie:
„Glender, niemals hätte ich gedacht, daß du so wenig Herz hast.“

Der Gatte, Wahnsinn in den Augen, hebt die Hand, um sie zu schlagen.

„Schweig, du bist schuld an allem, was geschehen — du, du — ganz allein — hörst du!“
So geht's nun fort. Sie beschimpfen einander laut. Lotte wacht auf. Sie schweigen. Die folgenden Nächte sprechen sie nicht mehr.

Das Fieber läßt nach. Es geht Lotte besser. Sie fragt wohl auch nach Mimi, die man zu Tante Sophie geschickt hat. Ächtet aber nicht auf die Antwort, die man ihr gibt. Verfällt wieder in ihr Schweigen. Vergebens versucht Lise, sie herauszujagen. Stunden vergehen. Lotte richtet sich ein wenig auf, fragt:

„Lucie, weißt du — Lucie Brent — ich hatte sie sehr lieb.“

Und dann:
„Hat Rachel schon ihre Prüfung gemacht?“
Oder:

„Hat sie den ersten Preis im Zeichnen bekommen — sie hat ihn verdient, weißt du.“

„Schau, Kleines, es ist noch nicht die Zeit der Preisverteilung. Es ist erst März. Nun hast du krank werden müssen, gerade mitten in der Saison muß das geschehen!“

Lotte sagt: „Ah!“ schweigt. Findet nicht ein Wort der Klage, daß es mitten in der Saison ist. Sie zeigt auch keine Bitterkeit für die Mutter, die sich in ihrer Pflege fast umbringt. Sie denkt nur an Freunde. Lise senkt: Wahrhaftig, das Mädchen gleicht seinem Vater. Immer äußerlich, liebenswürdig, bewahrt es Bosheit im Innern.

An einem schönen, sonnigen Vorfrühlingsnachmittag sind sie wieder so allein. Lotte wollte, daß man das Fenster offen lasse. Auch das Fenster der Werkstatt steht offen. Summen hört man wie aus einem Bienenstod.

„Vater“, sagt Lotte.
Lise erbebt sich, stützt sich auf das Bettende.

Das kleine abgemagerte Gesicht scheint eine Wachsmaske, die schönen Haare hat man schneiden müssen. Im Mundwinkel zeichnet sich eine leichte Falte — gibt einen seltsamen Ausdruck von Müdigkeit. Die Augen — starr und hart — sehen gerade vor sich. Es ist aber, als blickten sie anderswohin. Das Kind hält die kleinen mageren Hände über der Brust gekreuzt.

Lise spricht ihm sanft zu:
Solotte, erinnere dich an den Sonntag, an dem du mit Vater nach Neuilly gefahren bist? Als du zurückkamst, wurdest du krank. Was hat ihr gemacht? Erzähle.“

Wir haben ein Boot genommen und Vater wollte...

„Sprich — was wollte dein Vater?“

„Er wollte...“

Lotte hebt den Arm, läßt ihn zurücksinken, schließt dann die Augen. Ihr Gesicht ist schmerzlich verzerrt. Sie sagt mit erlöschender Stimme:

„Ich kann nicht.“

Lise ist ganz bleich geworden. Findet keine Worte. Um Sicherheit zu gewinnen, geht sie zur Tür — die Arbeiterinnen sprechen zu laut.

„Loh sie“, sagt Lotte und wendet sich zur Wand.

In dieser Nacht haben Charles und Lise eine furchtbare Auseinandersetzung. Charles leugnet zuerst, gesteht endlich. Klagt sich an, ein Elender zu sein. Dann wie Lise, voll Wut, ihm mit argsten Schimpfworten bewirft, wehrt er sich. Er habe nichts Arges getan. Wird zum Ankläger. Hält ihr ihre Gleichgültigkeit vor, ihren Geiz. Behauptet, sie habe ihrer Tochter ein aufreizendes Benehmen beigebracht. Sie schlagen einander.

Als Dr. Lagorgne am nächsten Morgen den Zustand der Kranken sieht, ist er überrascht und erschrocken. Er verlangt keine Aufklärung. Das rote, aufgeschwollene Gesicht von Lise spricht zu deutlich genug. Aber er rät, das Kind ins Spital zu bringen. Lise ist in ihrer Eigenliebe tief verletzt. Sie ersticht fast vor Wut:

„Ich liebe meine Tochter. Herr Doktor, ich werde sie pflegen.“

„Ein Grund mehr, sie forzugeben.“

Von neuem phantasiert Charlotte Mimi die man wieder nach Hause hat nehmen müssen, weil der kleine Bruder Nölein bekommen hat, stürzt auf das Bett los, schreit:

„Lolo, Lolo, ich bin da — ich will nicht, daß du stirbst.“

Eine Ohrfeige wirft die Weineude in einen Winkel.

Schließlich erklärt der Arzt:

„Ich glaube wir bringen sie durch. Aber ich flehe sie an — vermeiden Sie alles Geräusch. Noch ein Rückfall — wenn Sie auch daran nicht stirbt, so bleibt sie blödsinnig für ihr ganzes Leben.“

Die Ausstellung für Kultur und Wirtschaft in Aussig.

Nach 21 Jahren hat der Aussiger Gewerbeverein neuerlich das Wagnis unternommen, in Aussig eine große Ausstellung für Industrie, Handel und Gewerbe zu organisieren. In verhältnismäßig kurzer Zeit ist es gelungen, das Ausstellungsgelände zu schaffen, die großen Geldmittel, zu denen Gemeinde, Industrie und Handel beigetragen haben, aufzubringen. Für die nächsten drei Monate wird Aussig zu einem Zentrum der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen des Sudetendeutschentums werden. Eine große Anzahl von Kongressen, die mit der Ausstellung verknüpft sind, erweist die enge Gemeinsamkeit zwischen Wirtschaft und Kultur.

Die Ausstellung dient sicherlich in erster Reihe den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Ausstellung. Sie ist gedacht als eine Art Messe, in der die Aufmerksamkeit der Besucher auf das Erzeugnis dieser oder jener Firma gelenkt und durch die sie zum Kaufen gelockt werden sollen. Auch die Arbeiterschaft hat ein Interesse daran, daß Industrie und Handel gedeihen, daß auf diese Weise der Arbeitslosigkeit, der Wirtschaftskrise ein Damm gesetzt werde. Inbesseren würde dieses wirtschaftliche Interesse kaum genügen, ein enges Verhältnis zwischen dieser Ausstellung und der Arbeiterschaft herzustellen. Was uns in erster Linie bedeutsam erscheint, und worauf hinzuwirken wir nie vergessen werden, ist die Tatsache, daß Fleiß und Intelligenz deutscher Arbeiter alle diese Produkte geschaffen haben, die man heute mit großem Stolz ausstellt, daß es eine große Schau der Arbeit ist, die hier durch drei Monate ausgestellt wird, an deren Gelingen nicht zuletzt die Arbeiterschaft ihren bedeutenden Anteil hat. Die Entwicklung der Technik hat dem Unternehmertum mancherlei Hilfsmittel an die Hand gegeben, Intensität und Qualität der Arbeit zu steigern. Doch eng verbunden damit ging der Aufstieg der Arbeiterklasse, vom Unternehmertum nicht gewünscht, von der technischen Entwicklung unbedingt gefordert. So ist diese Ausstellung, obwohl der Namen der tausenden von Arbeitern, die an ihrem Gelingen mitgewirkt haben, nicht genannt sind, doch ein Triumph der Arbeit und jener, die diese Arbeit geleistet haben.

Damit, daß die Ausstellung trotz der langen Vorbereitungszeit überhaupst wurde, scheint sie das Schicksal aller Ausstellungen zu teilen. Die Ueberkostung und die dadurch bedingte mangelhafte Fertigstellung wäre entschuldbar. Nicht entschuldbar ist das Fehlen der großen Linie, dem wir auf Schritt und Tritt begegnen. Es mochte früher gedächlich sein, daß man einer Ausstellung in ihrem architektonischen Aufbau ein möglichst buntes Gepräge gab, einen möglichst exotischen Eindruck zu erzielen versuchte, um so die „Besonderheit“ des Ereignisses hervorzuheben. Die moderne Technik ist über diese Art der Effekthascherei weit hinaus. Sie hat ihre Linie und diese Linie ist darauf gerichtet, mit geringsten Mitteln den größten Effekt zu erzielen. Ihr Wesen ist die Einfachheit. Man beachte den architektonischen Stil der modernen Fabriken, der modernen Geschäftshäuser und man wird finden, daß sie einen neuen Typus der Gotik schaffen. Emporstrebende Monumentalität zeichnet diesen neuen Stil aus. Ohne äußere Floskeln, ein wichtiges Massiv, eine große Lichtfülle erfassend, geben diese Bauten jeder modernen Industrie- und Handelsstadt ihr Gepräge. Das Gebäude der Nordböhmischen Wasserbaugesellschaft in der Dresdnerstraße in Aussig ist der Typus dieses neuartigen Industriegebäudes. Er entspricht dem Stande der heutigen Technik, ihrer Auffassung, Richtung, Linie. Alle diese architektonischen Erfahrungen vernimmt man mit großem Bedauern bei der Ausstellung vollständig. Beherrschend ist nur die Sucht nach einer auffallenden, marktschreierischen Exotik, nicht das Solide, das den eigentlichen Inhalt der Ausstellung bildet, kommt in den Gebäuden zum Ausdruck, sondern immer nur das Streben, irgend etwas „Besonderes“ zu zeigen. Ein wahres Meer von Türmen und Türmchen, ganz unmotiviert und unorganisch den einzelnen Gebäuden aufgesetzt, scheint die Fierde der Ausstellung sein zu sollen. Wir verstehen es, daß man einzelnen Gebäuden, die zu Geschäftszwecken dienen, wie der Pavillon der Firma Schicht, den Reklamebedürfnissen der Firmen angepaßt werden. Doch wir verstehen es weniger, wenn ein Gebäude mit maurischem Unterbau von einem stilreinen Dresdner Dach gekrönt wird, wir vermögen es auch nicht zu verstehen, weshalb die Haupthalle, die den griechischen Stil vorträgt, die Stilreinheit nicht zu bewahren vermag, weshalb man die Wucht der Säulen willkürlich vermindert, sie beim Eingang in ihrer Tragkraft ganz unwahrscheinlich gegen ihren massiven Rückbau schwächt. Oder weshalb man durch eine ganz unmotiviert farbentfleckere, die verschiedenartigen Bemalungen der Gebäudeseiten — und das gilt sowohl für die Haupthalle als auch für die beiden sie flankierenden Hallengebäude — diese Gebäude um ihre Wirkung bringt. Daß es wohl die wesentliche Voraussetzung der Architektur der Ausstellung gewesen wäre, daß sie zumindest eine Einfallung der Längs- und Querschäfte gehabt hätte, daß man darin nach einem gewissen Plan gearbeitet hätte, erscheint uns so selbstverständlich, daß wir auf diesen Mangel nicht erst besonders verweisen. So offenbart sich in der Ausstellung der Zwiespalt zwischen Kultur und Wirtschaft, obwohl sie eine Ausstellung für Kultur und Wirtschaft sein soll. Die Wirtschaft ist der bürgerlichen Kultur weit vorausgeeilt, die Kultur vermag ihr nicht zu folgen, lebt in alten Formen, wo schon längst Zweckmäßigkeit und Entwicklung der Formen ihr neue kulturelle Bahnen weisen.

Es ist eine Ehrenrettung dieser Ausstellung, daß die Arbeiterschaft das Wagnis unternommen, die Einheit zwischen Kultur und Wirtschaft herzustellen. Alles das, was der Ausstellung an Einheitslichkeit, an Formenreichtum bei größter Formeneinfachheit fehlt, bietet das Haus der Arbeit. Bei einfachsten Bauelementen ein monumentaler Guf, allen Ansprüchen der Bautechnik als auch der kulturellen Entwicklung dieser Technik entsprechend, zeigt das Haus der Arbeit den tiefen Gegensatz zwischen bürgerlichem und proletarischem Kulturstreben. Praktisch durchdacht bis in die letzten Einzelheiten, können wir uns vorstellen, daß dieses Haus massiv aus Stein gebaut vor uns ersteht, während der Gedanke an die wirklich dauernde Ausführung all der anderen Bauten uns erst recht mit Entsetzen erfüllt. Wie immer, ist es auch hier die Arbeiterschaft, die bedenkenlos und doch mit tiefem Bedacht ihren eigenen Weg geht, erfolgreich versuchend, die tiefen, vom Bürgertum meist mißverstandenen Beziehungen

zwischen wirtschaftlichem und kulturellem Streben künstlerisch zu erfassen. Wir werden noch Gelegenheit haben, uns mit dem Haus der Arbeit eingehend zu befassen.

Die Ausstellung im allgemeinen begrüßend, können wir nicht umhin, auf den prinzipiellen Gegensatz zwischen uns und den anderen zu verweisen, der naturnotwendig wie in der Politik und Wirtschaft, so auch in der Kultur und Kunst zum Ausdruck kommt. Nicht zuletzt liegt uns daran, daß die Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen, die im Lauf der Ausstellung nach Aussig kommen und ihre eigenen Produkte mit Stolz besichtigen werden, auch zum Nachdenken zu bringen. Zum Nachdenken darüber, daß neben dieser Kultur und Wirtschaft des Bürgertums eine neue Kultur sich emporranke, eine wirkliche Synthese von kultureller Wirtschaft und wirtschaftlicher Kultur, die endgültig zu erreichen freilich erst einer neuen, der sozialistischen Gesellschaftsordnung vorbehalten bleibt. J. B.

Die Krise der Koalition.

Prag, 3. Juni. Nach 3 Uhr nachmittags versammelte sich heute das Abgeordnetenhaus zu einer Sitzung, die den restlichen Abschnitt der Session eingeleitet hat. Natürlich wandte sich das Hauptinteresse nicht den Vorgängen im Sitzungssaal zu. Allgemein besprochen und kommentierte man die Beschlüsse der tschechischen Sozialdemokraten und der tschechischen Nationalsozialisten

hinsichtlich der Sozialversicherung und der Agrarzölle, die wohl nicht bloß zufällig an einem Tage gefaßt wurden. Obwohl die tschechischen Sozialdemokraten, als auch die tschechischen Nationalsozialisten lehnen jeden Versuch ab, ein Inkriminieren der Sozialversicherung mit den Getreidezöllen zu schaffen. Im Hause verläutet, daß die tschechischen Sozialdemokraten die Kampagne der Agrarier in bezug auf die Getreidezölle mit der Forderung beantwortet haben, daß Ministerpräsident Svehla eine Erklärung abgeben, in der klar zum Ausdruck kommen solle, daß die Sozialversicherung noch vor der Beratung des Staatsvoranschlages im Plenum des Hauses behandelt werde. Die Antwort auf diese Forderung, der sich die tschechischen Nationalsozialisten angeschlossen haben, wird einer morgen um 1 Uhr mittags stattfindenden gemeinsamen Sitzung der tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren vorliegen. Allgemein erwartet man von dieser Sitzung eine Klärung der Situation.

Die tschechischen Agrarier sagen, daß ihre Partei „hinter der Sozialversicherung steht, die ein Bestandteil der Koalitionspolitik ist. Die Sozialversicherung der Arbeiter solle aber gleichzeitig mit der Sozialversicherung der Kleingewerbetreibenden beraten werden.“ Es handelt sich hier um den alten agrarischen Trick, auf den näher einzugehen sich erübrigt. Im übrigen sagt man, daß dem Haupte der agrarischen Partei, dem Ministerpräsidenten Svehla Neuwahlen in diesem Momente willkommen wären, um der Parteigründung seines Gegners Prádel zuvorzukommen.

Die tschechischen Liberalen, die sich so viel darauf zugute taten, die „konsolidierte“ Partei der Koalition zu sein, haben den Abgeordneten Kaderka aus der Partei ausgeschlossen und ihn bei gleichzeitiger Drückung mit dem Wahlgerichtshof angefordert, binnen acht Tagen auf sein Mandat zu resignieren. Mit Kaderka verläßt, wie er behauptet, ein großer Teil der mährisch-liberalen Kleinbauern und Häufler die tschechische Volkspartei. Die Zerstückelungserscheinungen, die alle Koalitionsparteien ergriffen haben, sind eben vor der Tür des tschechischen liberalen Abgeordnetensklubs nicht stehen geblieben. Allgemein hält man heute dafür, daß die Koalition die momentane Krise noch überleben wird, daß sie aber im Herbst von einem Beamtenkabinett abgelöst werden wird.

Ueber das fernere Arbeitsprogramm weiß man, daß die nächsten Sitzungen am Donnerstag um halb 12 und Freitag um 11 Uhr stattfinden werden. Ministerpräsident Svehla wünscht, wie man in der Präsidentschaft erfährt, vor allem die in den Ausschüssen anhängigen Vorlagen und Senatsbeschlüsse beraten werden. Außerdem soll das Haus das Gesetz über die Adaptionierungen, über die bedingte Verurteilung, über die Beamtenbeschäftigung, über die ungarischen Versicherungsverträge, über die slowakische Gewerbeordnung, über das Existenzminimum, über den Arbeitslosenkredit und über das Rekrutenkontingent beraten. Genosse Dr. Čech ungierte die Einberufung des außenpolitischen Ausschusses, um dem Minister des Äußeren Gelegenheit zu außerpolitischen Ausführungen zu geben. Präsident Tomásek versprach die Übermittlung dieses Wunsches an den Außenminister. Nachstehend der Bericht über den Sitzungsverlauf:

Nach der zweiten Lesung einiger Vorlagen behandelte das Haus das Gesetz über das teilweise Stillverbot.

Die Berichterstatterin Štyrbová begründete das Gesetz mit dem Hinweis auf den

hohen Prozentsatz der Säuglingssterblichkeit in den armen Volksschichten. Nach der Kommunistin Malá sprach die Genossin Kripal. Sie sieht in dem Gesetz einen Fortschritt auf sozialem Gebiete. Das ideale allerdinge wäre, wenn jede Mutter selbst stillen könnte. Doch ist bis dahin noch ein weiter Weg. Unsere größte Aufgabe aber wird sein, daß sowohl der Mutter als auch den Säuglingen vollkommener Schutz gewährt wird. Wir werden für das Gesetz stimmen, weil es doch einen Schritt nach vorwärts bedeutet. (Beifall.)

Die Vorlage wurde angenommen und das Haus behandelte das Gesetz über die

Verstaatlichung der Brünnner Waffenfabrik. In der Debatte sprach auch Genosse Joll, der besonders auf die Rolle der Zivnobank hinwies. Er sagte u. a.: Die gegenwärtige Vorlage umfaßt nur wenige Paragraphen und diese sind so unklar wie möglich gehalten. Es handelt sich darum, daß die aus kleinen Anfängen in Brünn geschaffene Waffenfabrik, die staatlicher Beschäftigung in eine private Aktiengesellschaft unter Beteiligung des Staates umgewandelt werden soll. Man sollte annehmen, daß alle zur Beurteilung dieser Frage notwendigen Erläuterungen in der Gesetzesvorlage enthalten sind. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Das mußte mißtrauisch machen und bei näherer Prüfung kommt man darauf, daß es sich bei dieser Vorlage um nichts anderes handelt, als um die Art und Weise, wie eines der größten Unternehmungen des Staates zum Teile in die Ausbeutungsmöglichkeit der Privatbanken hinübergeleitet werden soll. Es handelt sich also um nichts anderes als um ein groß angelegtes Manöver der Banken. Die Regierung hat unter dem Druck der Industriellen und Großbanken in voller Mißlosigkeit der Umwandlung der staatlichen Waffenfabrik in eine Privatgesellschaft zugestimmt. Aus diesem Grunde können wir die Gesetzesvorlage nicht annehmen und beantragen den Uebergang zur Tagesordnung. (Beifall.)

Merta (Komm.), benützte die Gelegenheit, um über die karpathenrussischen Verhältnisse zu sprechen, was zu stürmischen Entrüstungsrufen auf den Bänken der Kommunisten führte. Nach einer Polemik des tschechischen Sozialdemokraten Šumhanš, bei der es wiederholt zu Disputen zwischen tschechischen Sozialdemokraten und Kommunisten kam, wurde die Vorlage angenommen.

In einer zweiten formellen Sitzung wurden die dem Hause vorliegenden Gesetzentwürfe den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 5. Juni, um halb zwölf Uhr vormittags.

Im Einlaufe der Sitzung befand sich auch der Regierungsentwurf eines Gesetzes, durch welches das Gesetz über die

Arbeitslosenunterstützung verlängert wird und ein Gesetzentwurf über die Verwahrung des Kredites zur Unterstützung der Arbeitslosen in der Höhe von 80 Millionen Kronen. In der Begründung heißt es u. a., daß die wirtschaftlichen Verhältnisse im Staate noch nicht stabilisiert sind und daß ein Teil der Gewerkschaftsorganisationen durch die vorhergegangene Wirtschaftskrise so geschwächt sind, daß es nicht möglich war, das Genter System einzuführen.

Inland.

Senatsitzung. Der Senat behandelte in seiner gestrigen Sitzung drei Vorlagen untergeordneter Bedeutung. Die Sitzung war von ganz kurzer Dauer. Zu erwähnen wäre nur, daß die Genossen Dr. Heller und Riehnner folgenden Antrag stellten:

Der Senat beschließt die Einsetzung eines 17gliedrigen Ausschusses, welcher mit der Untersuchung jener in letzter Zeit zutage getretenen Korruptionsfälle zu betrauen wäre, an denen Staatsorgane, Parlamentarier, staatliche Beamter und Korporationen beteiligt sind.

Der „Tagesbote“ über die Sozialdemokratie. Der deutschdemokratische Wahlsieg in Brünn hat das dortige deutschdemokratische Organ um

sein bisheriges Verstand gebracht. Denn sonst wäre es unbegreiflich, daß der „Tagesbote“ die Tatsache, daß ein Teil der Wählerschaft statt mit uns oder mit dem arischen Blod zu gehen es einmal mit Jelinek und Genossen probieren will, zum Beginn einer neuen geschichtlichen Ära emporschmeißt und sich in seinem Größenwahn einige Unverschämtheiten gegen die Sozialdemokratie leistet. Der „Tagesbote“ spricht von einer „Ablehr der Wählermassen von .er unanfrichtigen und unehrlichen Politik der sozialdemokratischen Partei, deren Worte im Widerspruch stehen zu ihren Taten und die das Parteiinteresse vor das Interesse des großen Ganzen gestellt hat.“

Diese Pauschalverleumdung spricht das ganze Blatt aus, das ein Leiborgan des ausbeuterischen Kapitalismus ist, dessen Feigheit in Fragen freier politischer Politik geradezu notorisch ist, das für jede Reaktion in der Welt, für den italienischen Faschismus, für die österreichischen Christlichsozialen, für das deutsche Saatenkreuzlerium, für die bayerische Dillerei keine offenen oder geheimen Sympathien vertritt. Das erst in jüngster Zeit die Beschimpfung deutschfreibühlerischer Studenten aus Kriecherei vor deutschnationalen Professoren ohne ein Wort der Kritik hingenommen hat, bei dem also die an den Sozialdemokraten vermischte „Zurückstellung des Parteiinteresses vor dem großen Ganzen“ darin besteht, daß es das deutschdemokratische Freiheitsprogramm vor jeden reaktionären Wunsch zurückstellt. Daß es seine Schabigkeiten national drapiert, ist ein Schwindel mehr in diesem Blatte der deutschdemokratischen Feldenpartei, deren ganze Existenz und ganzes Wirken nie etwas anderes war, als ein Widerspruch zwischen Worten und Taten. Auf ihre Tätigkeit im Brünnner Gemeinderat brauchen sie am allerwenigsten stolz zu sein. Daran sollten sie nicht erinnern. Ihre Politik eine „tautragende“ zu nennen, ist eine unerhörte Verächtlichmachung der Tatsachen und daß sie „den gegebenen Verhältnissen Rechnung trägt“, bedeutet in Wirklichkeit, daß die Sozialdemokraten den Tatsachen gegenüber eine würdige Demut an den Tag legen und sich schon heute ihnen anbeuern. Die deutschdemokratischen Bäume werden auch nach diesem Siege nicht in den Himmel wachsen. Der amüsante Wahlscherz des deutschdemokratischen Sieges wird eine Epizode bleiben, wenn sie auch ihr „Tagesbote“ jetzt aufbläst und sich kein demokratischer Mut zu ledigen Lügen über die Sozialdemokratie aufschwingt.

Vorsprache unserer Parlamentarier bei den Ministern Malypetr und Dr. Dolanský.

Ueber Beschluß des Klubs der Abgeordneten und Senatoren der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei haben die Genossen Dr. Heller und Riehnner beim Minister des Innern und beim Justizminister vorgeprochen, um einige Beschwerden vorzubringen und deren Abhilfe zu verlangen.

Beim Minister des Innern wurde vor allem der unerhörte Zustand, der infolge der Maßnahmen des Regierungskommissärs Vyborský in Jglau eingetreten ist, zur Sprache gebracht und darauf verwiesen, welche Erregung sich der deutschen Bevölkerung bemächtigt hat. Es wurde gefordert, daß dem Treiben Vyborský Einhalt geboten und unverzüglich an die Vornahme von Neuwahlen geschritten wird.

Der Minister erklärte, daß er den Regierungsvertreter von Jglau auf die Einhaltung der Gesetze aufmerksam machen werde. Die unmittelbare Aufsicht habe jedoch der mährische Landesauschuss. Die Neuwahlen würden in kürzester Zeit durchgeführt werden.

Bezüglich der Ernennung der Bezirksverwaltungs-Kommissionen in Böhmen meinte der Minister, daß diese innerhalb der nächsten Wochen erfolgen werden.

Schließlich wurde auch die Vereinigung der Gemeinde Karlsbad mit den anliegenden Orten zur Sprache gebracht. Der Minister sagte die Erledigung dieser Angelegenheit für die nächste Zeit zu.

Beim Justizminister wurde auf die unerträgliche Konfiskationspraxis verwiesen und dringliche Abhilfe gefordert. Der Minister anerkannte die Berechtigung der vorgebrachten Beschwerden, meinte, daß bei Inkrafttreten der Pressegesetznovelle unbedingt eine Milderung der Zensurpraxis eintreten müsse und sagte schließlich die Herausgabe entsprechender Weisungen an die zuständigen Organe zu.

Ausländer und sprachliche Minderheitsrechte.

Der Verein deutscher Rechtsanwälte mit dem Sitz in Teplitz-Schönau hat an das Justizministerium eine Eingabe gerichtet, der wir folgendes entnehmen:

Gleich nach Erlassung des Sprachengesetzes wurde von verschiedenen Gerichten die Ansicht vertreten, daß Ausländer deutscher Sprachzugehörigkeit auf die sprachlichen Minderheitsrechte keinen Anspruch haben. In der Literatur wurde diese Ansicht bekämpft, und zwar auch von tschechischen Autoren. Das Oberste Verwaltungsgericht entschied die Kontroverse mit Erkenntnis vom 5. Oktober 1921 dahin, daß die Ausübung der sprachlichen Minderheitsrechte von dem Besitz der Staatszugehörigkeit nicht bedingt sei. Auf dieses Erkenntnis berief sich ein Angeklagter reichsdeutscher Staatszugehörigkeit bei der vor dem Kreisgericht Leitmeritz durchgeführten Berufungsverhandlung. Der Vorsitzende erklärte aber, für ihn sei nicht das Oberste Verwaltungsgericht maßgebend, sondern der Oberste Gerichtshof. Dieser hatte

taufächlich im gegenseitigen Sinne entschieden. Demgemäß wurde die Verhandlung und das Protokoll scheidlich geführt und das Urteil scheidlich verkündet.

Streitigkeiten über den Gebrauch der Sprache sind im Sprachengesetz als Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung erklärt und den zuständigen staatlichen Aufsichtsorganen zur Entscheidung zugewiesen. Kommen also Gerichte in die Lage, eine sprachrechtliche Entscheidung oder Verfügung zu treffen, dann handelt es sich nicht um einen Akt der richterlichen Gewalt, sondern um einen Verwaltungsakt. Für die Gerichte ist die oberste Aufsichtsinstanz das Justizministerium. Erachtet sich durch dessen Entscheidung jemand in seinem Rechte verletzt, dann hat das Oberste Verwaltungsgericht zu erkennen. Das Oberste Verwaltungsgericht ist somit in Sprachrechtsfällen die höchste Autorität. Indem der Vorsitzende des Leimriber Straßenschiedsgerichtes durch obige Bemerkung zum Ausdruck brachte, für Gerichte sei der Oberste Gerichtshof maßgebend und nicht das Oberste Verwaltungsgericht, hat er eine klare Rechtslage verkannt. Dies hat auch über Aufschichtbeurteilung des Angeklagten das Oberlandesgerichtspräsidium zugegeben. Eine Belehrung an die ihm unterstellten Gerichte in diesem Sinne hat jedoch das Oberlandesgerichtspräsidium in der Erwägung abgesehen, daß es sich nur um einen vereinzelten sprachrechtlichen Verstoß handele.

Hierin hat allerdings das Oberlandesgerichtspräsidium geirrt. Insbesondere hat sich seit der Obersten Gerichtshof wiederholt mit oberwähntem Erkenntnis des Obersten Verwaltungsgerichtes in Widerspruch gesetzt. Daß auf diese Weise der Oberste Gerichtshof die gesetzlich festgelegte höchste Autorität des Obersten Verwaltungsgerichtes in Sprachrechtsstreitigkeiten in Frage zieht, ist ein Rechtszustand, an dessen Abstellung das Justizministerium als oberste Justizaufsichtsbehörde dringend und in erster Linie interessiert ist, und zwar gleichgültig, ob das Justizministerium in der Sache selbst den Rechtsstandpunkt des Obersten Gerichtshofes teilt oder jenen des Obersten Verwaltungsgerichtes. Die deutsche Rechtsanwaltschaft der Randgebiete, die sehr häufig in die Lage kommt, solche Ausländer zu vertreten, ist lebhaft daran interessiert, daß das Wirksamwerden der vom Obersten Verwaltungsgericht vertretenen Rechtsauffassung nicht weiterhin durch gegenseitige Entscheidungen der ordentlichen staatlichen Gerichte und insbesondere des Obersten Gerichtshofes behindert werde. Der Verein deutscher Rechtsanwälte mit dem Sitz in Leipzig, Schöna u als Organisations der deutschen Rechtsanwaltschaft der Randgebiete richtet daher an das Justizministerium die Bitte, in Anwendung des ihm vorbehaltenen obersten Aufsichtsrechtes das Erkenntnis des Obersten Verwaltungsgerichtes vom 5. Oktober 1921 im Justizministerial-Verwaltungsblatt zur Tarnachachtung seitens aller Gerichte und Staatsanwaltschaften zu veranlassen.

Die Untätigkeit des Schulministeriums

In der gestrigen Sitzung des Kulturausschusses des Abgeordnetenhauses erhob Genossin Deutsch scharfen Protest gegen die Art und Weise der Verhandlungen des Kulturausschusses. Aus dem Berg von Arbeiten, die dieser Ausschuss zu erledigen hätte, hat man nach monatelanger Arbeitspause zwei Vorlagen herausgeholt, sie auf die Tagesordnung der Sitzung gestellt und nun stellte sich heraus, daß der Ausschuss, dank der Passivität des Schulministeriums, nicht einmal dieses Minimum von Arbeit erledigen kann. Genossin Deutsch rügte die Haltung des Schulministeriums, das im Laufe der vergangenen vier Jahre seine Unfähigkeit erwiesen habe, die wirtschaftliche und zeitgemäße Schulreformfragen zu lösen. Wenn das bisherige Arbeitstempo beibehalten wird, dann wird bei uns das Lehrereheub ebenfalls sprichwörtlich werden, wie es im alten Österreich war.

Letzte Nachrichten.

Das neue alte Kabinett Marx.

Berlin, 3. Juni. (Wolff.) Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichskanzler Marx und auf Vorschlag des Reichskanzlers auch die bisherigen Reichsminister in ihren Ämtern neu bekräftigt.

Türkische Verteidigungsmaßnahmen.

Italien versammelt Truppen gegen die Türkei? Konstantinopel, 3. Juni. (Havas.) Da die Erklärungen des italienischen Vertreters über die italienischen Truppenkonzentrationen in Rhodos als ungenügend erklärt worden sind, wurde der Ministerrat einberufen, um die Frage zu prüfen. Die Regierung beauftragte den türkischen Vertreter in Rom, Erklärungen zu verlangen. Sie hat Vorkehrungsmaßnahmen in der Gegend von Smyrna und Adana getroffen. Die türkische Regierung sieht die Einberufung der Nationalversammlung im Falle des Scheiterns der Verhandlung mit England über Moskau vor.

Internationaler Gewerkschaftskongress

Russen-Debatte. — Internationale Sozialgesetzgebung. — Achtstundentag. — Kampf gegen den Krieg.

Wien, 3. Juni. (Eigenbericht.) In der Vormittagssitzung wurde die Debatte über den Tätigkeitsbericht beendet. Rygaard-Dänemark verwies darauf, daß die Russen die Arbeiterbewegung in Norwegen gespalten haben. Nicht die Arbeiter sind von den Russen weggegangen, sondern die Russen von uns. Wenn wir mit ihnen zusammengehen sollen, müssen sie aufhören uns Verräter und Gelbe zu nennen. Thorne-England verteidigt noch einmal die Anträge der Engländer. Wir können nicht von unseren Regierungen die Anerkennung Russlands verlangen, und selbst die russischen Gewerkschaften nicht anerkennen. Die Verhältnisse in Russland sind in ständiger Evolution, nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei den Gewerkschaften. Wir müssen gegen den Tätigkeitsbericht stimmen, wenn sie sich unserem Standpunkt anschließen und uns nicht ihren Standpunkt aufdrängen wollen. Le noir-Frankreich erklärt, daß die Frage heute nicht lösbar ist und daß wir keinen Anlaß haben, uns wegen der Vergangenheit in die Brust zu schlagen. Timmons-Frankreich können wir nicht mitmachen. Wir werden immer dafür eintreten, die Russen als Staat anzuerkennen, und mit ihnen normale Beziehungen aufzunehmen. Aber wir werden unsere Gewerkschaften bis auf das äußerste verteidigen. Die Angelegenheit wird hierauf der Kommission überwiesen. Dann referiert Brown-England über die Statutenänderung. Er erklärt, daß der Statutenentwurf des Büros demokratischer ist, weil er den kleineren Nationen eine stärkere Vertretung gibt. Es wird dann beschlossen, daß allen Kommissionsberatungen drei Vertreter der Berufssekretariate beigegeben werden sollen.

In der Nachmittagsitzung erteilt der Vorsitzende zunächst dem Vertreter der Delegierten von Palästina das Wort zur Begründung des Kongresses mit der Bemerkung, daß es zum erstenmal ist, daß asiatische Delegierte auf einem Gewerkschaftskongress teilnehmen. Hos-Palästina begrüßt den Kongress namens der jüdischen Gewerkschaften in Palästina, denen auch viele arabische Gewerkschaften angeschlossen sind und hofft, daß sie eine Brücke bilden werden von der europäischen zur asiatischen Arbeiterbewegung, mit der sie in enger Fühlung sind. Es gibt in Palästina keinen Arbeiterschutz. Wir hoffen aber, daß die englische Arbeiterregierung ihn uns verschafft. Dann referiert Dudgeest über die internationale Sozialgesetzgebung. Die Resolution des Vorstandes schlägt einige Abänderungen im Berner Programm vor. Wir erwarten, sagt Dudgeest, daß, sobald die Reparationsfrage erledigt ist, wieder ein Aufschwung der Gewerkschaften unter der Demokratie kommt. Ein der wichtigsten Fragen der Sozialgesetzgebung ist die Frage der Arbeiterwohnung und darauf müssen wir jetzt unser Hauptaugenmerk lenken. Smith als Vertreter der Privatangestellten Hollands wünscht, daß die Kommission sich auch mit der Frage des Angestelltenrechtes beschäftigt. Ferner wünscht er eine Stellungnahme zu der Vereinigung für Arbeiterschutz und gegen Arbeitslosigkeit, die im Oktober in Prag eine Konferenz abhalten wird. Bramley erklärt, daß die Engländer das Programm von Dudgeest nur als Abschlagszahlung ansehen. Er bedauert insbesondere, daß ein Hinweis auf die Rationalisierung der Bergwerke und Eisenbahnen darin nicht enthalten ist. Er beantragt, daß die Kommission das Programm entsprechend ergänze. Ebenso werden der Kommission die gedruckt vorhandenen Referate über die Stellung des Gewerkschaftsbundes in der internationalen Arbeiterbewegung und über den Kampf gegen Krieg und Militarismus zugewiesen.

Sodann erstattet Kohauz ein Referat über den Kampf gegen den Krieg. Er bespricht zunächst die bisherigen Aktionen des Bundes und führt dann aus: Es genügt jedoch nicht, für den Fall der Kriegsgefahr mit einer Aktion zu drohen; es gilt sie systematisch vorzubereiten, sie zu organisieren und ihre Wirkung unbefuglich zu machen. Dazu ist vor allem nötig, die Kampfgewerkschaften der Arbeiter zu konsolidieren und zu stärken. Aber ist damit genug getan und dürfen sich unsere Anstrengun-

gen darauf beschränken, den proletarischen Organisationen immer neue Kämpfer zuzuführen? Der Internationale Gewerkschaftsbund war anderer Meinung. Er bildet den Kern, um den sich alle pazifistischen Kräfte der Welt gruppieren; der Haager Kongress hat den gewaltigsten Beweis dafür erbracht. Damit die Früchte dieser Bemühungen nicht verloren gehen, wurde für den 1. und 2. Dezember 1923 eine Konferenz in Paris einberufen, auf der alle großen Friedensorganisationen sowie der Internationale Gewerkschaftsbund vertreten waren und die sich die Aufgabe gestellt hatte, für alle Friedenskräfte ein internationales Zentrum zu schaffen. Diese außerhalb der Arbeiterbewegung stehenden Elemente können auf mancherlei Weise die Antikriegspropaganda fördern, indem sie die wahren Ursachen und Wirkungen des Krieges aufdecken, seine Sünden und Antiquier brandmarken, die speziellen Beschlüsse der Arbeiterbewegung bekanntmachen und rechtfertigen und bei alledem auf Kreise der öffentlichen Meinung einwirken, die von uns nicht erreicht werden. Sie können ferner die öffentliche Meinung für die Boykottidee zu interessieren suchen und die für einen eventuellen Generalkrieg nötige Atmosphäre vorbereiten helfen. Eine unserer wichtigsten Aufgaben, die hier keiner weiteren Begründung bedarf, ist die Durchführung einer unausgesetzten Propaganda in Wort und Schrift in jeglicher Form, namentlich auf dem Wege der Presse. Eine besondere Form dieser Propaganda ist die Abhaltung von gleichzeitigen Massendemonstrationen. In diesem Sinne hat der Internationale Gewerkschaftsbund beschlossen, anlässlich der Wiederkehr des zehnten Jahrestages der Kriegserklärung Manifestationen in allen Ländern zu veranstalten und als Datum hierfür den dritten Sonntag im September dieses Jahres bestimmt.

Dr. Aragona wendet sich dagegen, daß unter den Vorschlägen auch der Generalkrieg gegen den Krieg enthalten ist. Auf Grund seiner Erfahrungen steht er dem sehr skeptisch gegenüber. Wichtig ist, daß Kriege verhindert werden und dazu ist das wichtigste Mittel die internationale Aufklärung über den Krieg. Die Arbeiter sollen trachten, die staatlichen Machtmittel zu ergreifen, weil das die beste Garantie gegen die Kriegsgefahr ist.

Dann berichtet Mertens-Belgien über den Kampf um den Achtstundentag. Er beschäftigt sich vornehmlich mit dem Einwand der Unternehmer gegen den Achtstundentag. Wenn die Unternehmer behaupten, daß der Achtstundentag die Produktion vermindere, so liegt die Schuld nicht am Achtstundentag, sondern am bösen Willen der Unternehmer, die nicht moderne Produktionsmethoden eingeführt und die Arbeiter nicht als gleichberechtigte Mitarbeiter, sondern nur als Arbeitsklaven ansehen und ausbeuten wollen. Der Achtstundentag muß international mit allen Machtmitteln verteidigt werden und die Kommission wird darüber beraten, welche Mittel am besten geeignet sind, den Achtstundentag zu verteidigen. Buruzzi-Italien verweist in der Debatte darauf, daß an der Verminderung der Produktion nicht der Achtstundentag schuld ist. Im Krieg wurde der Produktionsapparat zerstört und die Arbeitskraft der Arbeiter erschöpft. Man hat auch keine gelerntem Arbeiter mehr ausgebildet. Nach dem Kriege wurden die Produktionsmethoden nicht verbessert, dazu kommen noch die anarchischen Verhältnisse auf dem Rohstoffmarkt und die anarchische Produktion. Die italienischen Arbeiter wollen, obwohl sie mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben, alles tun, um den Achtstundentag aufrecht zu erhalten, der bei ihnen in der Großindustrie und vielfach auch in der Mittelindustrie besteht. Aber sie wünschen, daß auch die Arbeiter in den Ländern, wo die Verhältnisse günstiger liegen, ihre Pflicht tun. Damit ist die Debatte beendet. Mittwoch werden den ganzen Tag die Kommissionen beraten, so daß keine Sitzung ist. Am Donnerstag werden die Berichte der Kommissionen auf dem Kongress verhandelt werden.

Telegramme.

Die kommunistischen Abgeordneten bleiben weiter in Haft.

Der „energische“ deutschnationale Präsident. Berlin, 3. Juni. (Eigenbericht.) Die heutige Reichstagsitzung befaßte sich mit den kommunistischen Anträgen auf Haftentlassung der drei in Untersuchungshaft befindlichen kommunistischen Abgeordneten Pfeiffer, Schlicht und Lindau. Zu den vorhergegangenen Ausschussverhandlungen machte der zugezogene Reichsanwalt Kermann aus Leipzig schwer belastende Angaben über die Zentrale der kommunistischen Partei, der die drei verhafteten Abgeordneten angehören, insbesondere über die geheimen Militärorganisationen, Waffenlager und Fememorde, und sprach sich wegen Fluchtverdacht gegen die Haftentlassung aus. Wie der Bericht erstatter Genosse Voche im Reichstag feststellte, hat die Ausschussmehrheit den sozialdemokratischen Antrag, nun auch die Vertreter der Angeklagten zu hören, abgelehnt.

Während einer Rede des kommunistischen Abgeordneten Köhnen wurde der Kommunist Kemele wiederholt vom Präsidenten zur Ordnung gerufen und schließlich von ihm aus dem Saale verwiesen. Da Kemele dem nicht Folge leistet, schließt ihn der Präsident für zwanzig Sitzungen (!) aus. Diese Angelegenheit beschäftigte nach Unterbrechung der Sitzung den Aeltestenrat, der das Verfahren des Präsidenten gegen Kemele billigte.

Bewegte Landtagseröffnung in Bayern.

München, 3. Juni. (Eigenbericht.) Der bayerische Landtag ist heute unter ähnlichen Umständen wie der Reichstag zusammengetreten. Die Kommunisten traten erst ein, als die anderen Abgeordneten schon im Saale waren und brachten Hochrufe auf die kommunistische Internationale und Niederrufe gegen die Faschisten aus. Galeriebesucher stimmten in die Rufe ein und es gab einen großen Lärm. Nachdem der Kandidat der Bayerischen Volkspartei Königbauer zum Präsidenten gewählt war, vereitelten die Bürgerlichen und die Völkischen die Wahl des Genossen

Auer zum ersten Vizepräsidenten, obwohl die Sozialdemokraten als zweitstärkste Partei Anspruch auf diesen Posten hatten. In der Stichwahl wurde ein Völkischer mit 48 Stimmen gewählt, während Auer mit 44 Stimmen in der Minorität blieb. Darauf verzichteten die Sozialdemokraten auf jede weitere Vertretung im Präsidium.

Macdonald gegen eine Tirpitz-Regierung.

London, 3. Juni. (Unterhaus.) In Beantwortung einer Anfrage Wedgwood Benns, ob die Regierung irgend welche Vorstellungen bei der deutschen Regierung darüber erhoben habe, daß die Ernennung des Admirals Tirpitz zu einem hohen Regierungsamt von den Alliierten übel aufgenommen werden würde, erklärte Macdonald: Ich kann Herrn Benn versichern, daß wir nicht verabsäumt haben, das zu tun, was wir in dieser als auch in anderer Hinsicht für unsere Pflicht halten.

Auch die Senatsmehrheit gegen Millerand.

Paris, 3. Juni. Die Kammer hat unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten Pinard 467 Mandate für gültig erklärt und beschlossen, morgen nachmittags die Wahl des Präsidiums vorzunehmen. Der Senat hielt eine kurze Sitzung ab. Den Beratungen der drei republikanischen Fraktionen des Senates wurde mit besonderem Interesse entgegengegangen. Die republikanische Union des Senates (99 Mitglieder) hat in Anwesenheit Poincarés eine Resolution einstimmig angenommen, in der es heißt, daß der Senat der ständigen Güter der Verfassung sei, und daß sich die Fraktion energisch gegen jede Störung der Mandatsperiode des Präsidenten der Republik stellen werde. Auch die Fraktion der republikanischen Linken (32 Mitglieder) hat eine ähnliche Resolution angenommen. Die demokratische Linken (Radikale, sowie sozialistisch Radikale), die 165 Mitglieder zählt, hat hingegen in ihrer heutigen Sitzung mit 122 gegen 5 Stimmen den Resolutionsantrag abgelehnt, der gegen den Präsidenten Millerand gerichtet ist.

Den österreichischen Großdeutschen geht langsam ein Licht auf.

Ankündigung einer Revision der politischen Haltung.

Wien, 3. Juni. Der großdeutsche Reichsparteitag in Regensburg hat gestern noch einer Aussprache, die sich an das politische Referat Dr. Dinghofers anknüpfte, die bisherige Haltung der Partei gebilligt und dem weiteren Verbleiben in der Regierungskoalition zugestimmt. Der Beschluß kam nicht ohne Widerspruch zustande, und die in einer Minorität der Partei herrschenden Gegenströmungen haben auch in der politischen Resolution einen gewissen Niederschlag gefunden durch die ausdrückliche Betonung, der Abschluß des Sanierungsvertrages werde der Reichsparteileitung und dem Abgeordnetenverbande Gelegenheit geben, ihre Stellungnahme zu überprüfen. Die Resolution fordert weiter zur Vermeidung bedauerlicher Zwangslagen, daß kein Schritt unternommen und zugelassen werde, der die Parteigrundlage verletzen könnte.

Ausgestaltung der proletarischen Feste.

Die Feste der Arbeiter werden seit Jahrzehnten in der gleichen Weise veranstaltet und unterscheiden sich oft nur wenig von den Veranstaltungen des Bürgertums. Langsam nur setzt sich eine besondere proletarische Festkultur durch, durch die Arbeiterfeste so gestaltet werden sollen, daß sie für alle Teilnehmer zu einem gewaltigen Erlebnis, daß sie Stunden wahrer Erhebung werden. Die Feste der Arbeiter sollen unter anderem durch irgend eine Massenaufführung, die das große Ziel, das wir erstreben, verherrlicht und zum Kampf für den Sozialismus aufruft, einen Höhepunkt erhalten, der alle Besucher über den Alltag emporhebt. Die ersten Versuche, die Arbeiterfeste in diesem Sinne auszugestalten, wurden nach der Revolution in Leipzig bei den großen Gewerkschaftsfesten gemacht. Im Jahre 1921 hatten sie als Höhepunkt die Massenaufführung „Der arme Runrad“, bei der Episoden aus den großen Kämpfen des deutschen Bauernkrieges dargestellt wurden, 1923 waren es Szenen aus der großen französischen Revolution, die Ernst Toller entworfen hatte. Das erste Mal wurden 600 Mitwirkende gezählt, das zweite Mal über 2000. Die Wirkung, die dadurch erzielt wurde, war überwältigend. Massenschickale wurden durch Massen dargestellt. Nicht die schauspielerische Leistung einzelner großer Künstler erzeugte die Wirkung, sondern das schmutzige und kunstlose Zusammenspiel der Masse. Vermieden wurde dabei, was bei Dilettantenveranstaltungen der Arbeiter oft so ungesund ist, daß der persönlichen Eitelkeit des Einzelnen Rechnung getragen wird. Der Einzelne geht völlig unter, mit der Masse ist sichtbar. Wohl nicht mit Unrecht wurde in führenden literarischen Zeitschriften behauptet, daß durch die Leipziger Veranstaltungen dem Drama der Massen Bahn gebrochen wurde.

Heil Deutschland!



Judendorfs und seiner Getreuen Einzug im Deutschen Reichstag.

Das Leipziger Beispiel hat, soviel bekannt ist, noch nirgends Nachahmung gefunden. Dies liegt wohl einestheils daran, daß es wenige Künstler gibt, die sich der dankbaren Aufgabe unterziehen würden, solche Massenszenen, die im Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker wirklich nicht selten sind, auszuarbeiten. Andererseits ist vielleicht auch der Umstand daran schuld, daß es schwierig ist, viele hundert Menschen — Arbeiter — nach des Tages Last und Mühe zusammenzubringen, um mit ihnen solche Massenaufführungen einzustudieren. Dazu kommt noch, daß auch nicht überall der Mann vorhanden ist, der die schwierige Aufgabe der Regie durchführen kann.

In der Tschechoslowakei soll zum ersten Male beim Reichsjugendtag des Sozialistischen Jugendverbandes, der zu Pfingsten in Teplitz-Schönbau stattfindet, der Versuch unternommen werden, eine solche Massenaufführung in Szene zu setzen. Es ist dies ein neues sozialistisches Spiel „Der erste Tag“, das den Genossen Ernst Thöner in Teplitz zum Verfasser hat und das in der Art des Sprechchors das erfolglose Aufbäumen der Proletarier gegen ihr Schicksal und ihren endlichen Entschluß, begeistert durch die kampfesfreudige Jugend alle Hindernisse zu überwinden und mutig dem Ziel zuzustreben, darstellt. Es werden bei diesem Spiel 4-500 Jugendliche mitwirken. Wenn dieser Versuch gelinzt, wäre auch bei uns ein Weg gewiesen, der beschritten werden kann, um unsere proletarischen Feste zu verschönern und auszugestalten. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die Gelegenheit haben, zu Pfingsten in Teplitz zu sein, sollen es sich nicht entgehen lassen und die Veranstaltung zu besuchen.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 Kr.	Dollar 2.02.25
Berlin 100	Mark 123.000.000.000.00
Wien 1	Scherr. Kronen 2.085.00

Brager Kurse am 3. Juni.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1276.00	1282.00
1 Billion Mark!	8.22.00	8.42.00
100 belg. Franks!	158.00.00	157.50.00
100 schwed. Fran!	602.05.00	605.00.00
1 Pfund Sterling	148.80.00	148.20.00
100 Lire	151.75.00	153.25.00
1 Dollar	34.00.00	34.30.00
100 franz. Franks!	178.50.00	180.00.00
100 Dinar	42.05.00	42.55.00
10.000 magyat. Kronen	3.00.50	4.19.00
1.000.000 poln. Mark!	6.64.50	6.70.00
10.000 scherr. Kronen	4.75.00	4.95.00

Tages-Neuigkeiten.

Tod in Wehren.

Von Delfen von Villencron (geb. am 3. Juni 1914).

Im Weizenfeld, in Korn und Roggen,
Liegt ein Soldat, unausgefunden.
Zwei Tage und zwei Nächte schon
Mit schweren Wunden, unverwunden.
Durstüberquält und Fieberwild,
Im Todeskampf den Kopf erhoben.
Ein letzter Traum, ein letztes Bild,
Sein drehend Auge schlägt nach oben:
Die Sense fuhrt im Aehrenfeld;
Er sieht sein Dorf im Arbeitsfrieden
Ade, ade, du Heimatwelt
Und beugt das Haupt und ist verschieden.

Eine christlich-deutsche Lüge.

Die Teplitzer „Kronenpost“, der von sozialdemokratischer Seite schon das Kuppelgewerbe und faulstidige Lügen nachgewiesen wurden, so daß sie klein beigeben mußte, verleumdet nun zur Abwechslung nicht die hiesigen Sozialdemokraten, sondern die Wiener. So wird in der letzten Nummer von einem angeblichen „Todesopfer des sozialdemokratischen Terrors“ erzählt. Diese Verleumdung der Sozialdemokratie ist der Wiener „Christlichsozialen „Reichspost“ entnommen, obwohl die Lüge bereits am 24. Mai von der „Arbeiter-Zeitung“ zurückgewiesen wurde. Die Teplitzer Lügenpost denkt aber „Verleumder lühen, es bleibt schon etwas hängen. . .“

Was hat sich nun abgespielt, um zur Verleumdung der Sozialdemokratie zu dienen? In Wien hat — so schreibt die „Arbeiter-Zeitung“ — der fünfundvierzigjährige Schulwart Leopold Stalzer von der Schule in der Viertalgasse a. u. B. Verfolgungswahn Selbstmord begangen. Stalzer war früher an der Schule in der Pannergasse in Döbling und war vor etwa einem Jahre aus Dienstesrückichten nach Weidling versetzt worden. Die Verletzung war keine Strafe, sondern eine ordnungsmäßige Versetzung, wie sie die Dienstesrückichten bei städtischen Beamten häufig notwendig machen und die den Angestellten keine materielle Einbuße verursachen. Auch Stalzer wurde in seinen Bezügen nicht geschmälert und es wurden ihm die Uebersiedlungskosten bezahlt, wie es bei Versetzungen, die aus Dienstesrückichten notwendig werden, bei der Gemeinde Norm ist.

Stalzer war immer ein fanatischer Christlichsozialer. Er war es in Döbling gewesen und blieb es auch in Weidling, und da sich unter der sozialdemokratischen Verreglung die städtischen Angestellten politisch frei betätigen können, konnte er es ungehindert sein. Er war auch christlichsozial organisiert, war Mitglied der christlichen Gewerkschaft und gehörte sogar der Weidlinger Frontkämpferorganisation an. Er nahm an der Auferstehungsprozession und am 1. Mai auch an der Domweihe in Linz teil. Niemand hat ihm deshalb etwas in den Weg gelegt, niemand — weder der Bezirksvorsteher noch der Stadtschulrat, noch der Ortschulrat, noch der Schulleiter, noch irgendeine andere Stelle der Stadtverwaltung — ihn darüber befragt oder von ihm irgendwelche Auskunft verlangt. In der sozialdemokratisch verwalteten Gemeinde sind die städtischen Angestellten frei und können sich politisch betätigen wie sie wollen.

Aber Stalzer war vor vierzehn Jahren unter den Christlichsozialen in den Dienst der Gemeinde eingetreten und er hat an Kollegen den Terrorismus erlebt, mit dem damals die Gemeindeangeestellten zur christlichsozialen Partei gezwungen wurden. Er selbst mußte mit Handschlag geloben, nie Sozialdemokrat oder Sozialdemokraten zu werden, und hat es erlebt, wie Strafenbühnen zu Tübenden von dem christlichsozialen Bürgermeister über Nacht brotlos gemacht wurden, nur weil sie an einer Versammlung ihres sozialdemokratischen Nachvereines teilgenommen haben. Darum war es für sein christlichsoziales Gehirn gar nicht fassbar, daß eine Gemeindeverwaltung auch autändig sein und ihren Angestellten die Freiheit politischer Betätigung lassen könnte, und er bildete sich ein, daß die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung ihre Angestellten, die anderer politischer Gesinnung sind, ebenso mit Demunzierungen und Maßregelungen drangsalieren müßte, wie es die frühere christlichsoziale Stadtverwaltung getan hat. So setzte sich in dem armen Gehirn des unglücklichen Mannes die fixe Idee fest, daß er wegen seiner christlichsozialen Betätigung

und wegen seiner Mitgliedschaft in der Frontkämpfervereingung verfolgt und in seiner Zielung bedroht wäre. Offen kam dieser Verfolgungswahn vor vierzehn Tagen bei der Bezirksbesprechung der Schulwarte Weidlings zum Ausdruck. Er nahm in der Besprechung das Wort und beflagte sich erregt, daß er von allen Seiten wegen seiner christlichsozialen Gesinnung angepöbeln und verfolgt werde. Auf die Frage des Bezirksvertrauensmannes der Schuldienner, Seidl, wer denn die seien, die ihn anpöbeln und verfolgen, nannte er unter konfusem Redereien den Schuldienner Amosch. Seidl beruhigte ihn, daß niemand etwas geschehe, wenn er christlichsozial ist, und sagte ihm, seiner Meinung nach sei es ein Fehler, wenn er als Angestellter der republikanischen Gemeinde bei den Frontkämpfern sei. Es werde ihm nichts geschehen, und wenn ihm jemand mit etwas drohe oder etwas tue, so möge er sich nur an ihn, den Bezirksvertrauensmann, wenden, er werde ihn schützen. Darauf ging Stalzer nach der Besprechung beruhigt nach Hause.

Seidl bestrogte bei einer späteren Gelegenheit auch den Schuldienner Amosch, was es mit Stalzer denn gegeben habe. Amosch war sehr erstaunt, da er mit ihm gar nichts gesprochen hatte und meinte noch: „Es sieht mir doch gar nicht dafür, mit dem verrückten Menschen zu reden, da ich doch weiß, daß der nicht zu bekehren ist.“ Zwei Tage nach der Besprechung der Schuldienner kam Stalzer aus eigenem Antriebe zum Vertrauensmann der Schuldienner, Seidl, in die Wohnung und erklärte ihm: „Du, ich möchte mich politisch organisieren und in den Verband einschreiben lassen.“ Seidl, der die christlichsoziale Verleumdungswahn kennt, die jeden, der sich sozialdemokratisch organisieren laßt, als das Opfer des sozialdemokratischen Terrorismus hinstellt, war vorsichtig und erwiderte: „Wie ist's recht; aber ich mache dich aufmerksam, daß nicht vielleicht dann gesagt wird, ich hätte dich dazu gezwungen.“ Stalzer antwortete: „Na, na; ich laß mich bei der christlichsozialen Organisation austreichen und bei euch einschreiben.“ Dann ging er weg.

In den folgenden Tagen wurde Stalzer immer verörter und verörter und Dienstag beging er Selbstmord. In einem herzlichen Abschiedsbrief an seine Frau stehen die zwei Tage seines unglücklichen Verfolgungswahns: „Kesseltreiben und Spionage trieben mich in den Tod. Ich finde nirgends Ruhe und Frieden.“ Dem Vertrauensmann der Schulwarte, Seidl, der die Frau des unglücklichen Kollegen noch am Dienstag besuchte hatte, teilte Frau Seidl unter anderen Symptomen des Verfolgungswahnes auch mit: „Als er bei Ihnen gewesen war, hat mir mein Mann erzählt: Ich habe mit Seidl Rücksprache genommen wegen der Organisation und dem Verband und habe ihm gesagt, daß ich mich einschreiben lasse, und jetzt geht mir das immer in dem Kopf herum. Was soll ich denn jetzt machen? Jetzt spucken mir die Christlichsozialen ins Gesicht!“ — Jetzt sah sich der unglückliche Mann schon wieder von den Christlichsozialen verfolgt. Von den fixen Ideen seines Verfolgungswahns angequält, suchte der unglückliche Mann dann Ruhe und Frieden im Tode.

Die Christlichsozialen benützen das bedauerlicherweise Schicksal des unglücklichen Kranken zu einer Niederträchtigkeit. Sie wissen, daß der Mann krank war und an der fixen Idee litt, verfolgt zu werden, sie begehen aber die unsägliche Schurkerei, seine Wohnverhältnisse für wirkliche Verfolgungen auszugeben.

Dieses Beispiel zeigt neuerdings, wie die guten Christen jede Niederträchtigkeit begnügen, um die Sozialdemokraten anzuschwärzen.

Wie die Bergarbeiter ausgebeutet werden.

Darf ich Ihnen nachstehend einige Zahlen aus dem Geschäftsbericht der „Roddegrube“ zitieren, die sehr lehrreich sind?

Es betrug:

a) die Förderung	
1913	3,682.450 Tonnen
1923	7,230.492 „
b) der Absatz	
1913	276.856 Tonnen
1923	3,749.933 „
c) die Angestelltenzahl	
1913	1527
1923	1486
d) der Ausgabebetrag für Lohn und Gehälter	
1913	2,224.812 Goldmark
1923	1,081.012 „

also die Hälfte der Summe von 1913, und das für die fast dreifache Angestelltenzahl bei verdoppelter Förderung und zwölf-fachem Absatz!

Dr. Erich Busch im „Tagebuch“.

Helfershelfer der Reaktion. Ein Musterbeispiel agrarisch-keristaler Kulturfreundlichkeit bietet Weiser im Bezirke Plau. Dort befindet sich eine Bürgerschule, die sehr notwendig in einem Brüdgebäude untergebracht ist. Die Errichtung eines neuen, entsprechend eingerichteten Schulhauses ist eine unabwiesliche Notwendigkeit. Demnach hat auch die Bezirksverwaltungscommission den Bau des Schulhauses nicht nur beschlossen, sondern auch bereits vergeben. Die Stadtgemeinde Weiser hingegen übernimmt die Verpflichtung, für die Lehrer Wohnungen beizustellen. So weit — so gut. Jetzt aber geschieht das Merkwürdige. Während die Bezirksverwaltungscommission, wie erwähnt, jenen Beschluß fahle, eine Körperschaft, die sich zum größten Teile aus Agrariern zusammensetzt, finden die Agrarier und die Keristalen außerhalb der Bezirksverwaltungscommission diesen Beschluß zu hinterzählen. Die Bauern, die fast durchwegs im „Bunde der Landwirte“ organisiert sind, protestieren gegen die Ausführung des neuen Schulgebäudes und gegen den Beschluß der Verwaltungscommission. Was könnte den Herren in Plau wohl lieber sein, als derartige Proteste? So erweisen sich die Landwirte, die immer für Volkstum und Fortschritt eintraten, im Verein mit den schwarzen Zahnverderbern als Helfershelfer der Reaktion. Wir sind begierig, zu erfahren, wie die Herren Bierhub, Lippert, Scharnagl und Hilgenreiner, vor allem aber der Schuldirektor Herr Schubert das Verhalten ihrer Parteigänger beurteilen, wie sie dieselben reaktionären, fortschrittsfeindlichen Vorgehen der Agrarier im Weiserer Bezirke entgegenwirken werden. Um das Verhalten der agrarischen und keristalen Schul- und Fortschrittsfeinde ins rechte Licht zu rücken, sei als Gegenbeispiel die Gemeinde Pawlowitz im selben Bezirke Plau angeführt. Pawlowitz besitzt gegenwärtig eine sozialdemokratische Mehrheit in der Gemeinde. Und die Gemeinde Pawlowitz hat neben anderen Einrichtungen die Leninschule, welche für alle Kinder eingeführt. So handeln die Vertreter der verfluchten „jüdisch-marxistischen“ roten Internationalen, dort aber sind gute Deutsche, heimatscholleuerne Bauern und eifrige Christen bemüht, die geistige Entwicklung des Volkes zu hindern und zu hemmen.

Zur Komotauer Liebestragödie. Wie uns aus Karlsbad berichtet wird, wurde dort auf der Operbühne der 25jährige Josef Schuch aus Komotau, welcher — wie wir ausführlich berichteten — wegen verführerischer Liebe die 19jährige Bedienerin Elisabeth Grund durch einen Revolverschuß am Hinterkopfe schwer verletzt hatte und darauf gestrichelt war, am Freitag, am Mittwoch, verhaftet und dem Gerichte eingeliefert. Von Karlsbad aus wird er nach Komotau und über Aufsig der Staatsanwaltschaft dem Wiener Kreisgericht eingeliefert werden.

Opfer der Auswärtigen. Aus Aretbin wird uns berichtet: Bei dem Gasthause „Zum Jägerhaus“ auf der Rannher Straße wurde am Samstag der 17jährige Walter Borziche aus Aretbin von einem Auto der kaiserlichen Postverwaltung niedergefahren und so furchbar verletzt, daß er Sonntag starb.

Ziehung der Maschinenlotterie. Gestern fand die 16. Ziehung der fünften Klasse der zehnten tschechoslowakischen Maschinenlotterie statt. Als Grundzahlen wurden gezogen: 17 und 72. Es gewannen: 2000 K die Lose Nr.: 37.217 153.317 151.417 155.417 99.817 187.117 152.717 181.717 196.217 3417 171.117 77.917 71.217 158.617 206.317 135.617 51.317 131.772 52.972 133.072 198.372 121.172 110.472 89.872 102.672 85.572 108.572 2572 672 107.672; 5000 K die Lose Nr.: 195.317 172.217 196.417 13.972 169.972 15.772 63.772 15.272; 10.000 K die Lose Nr.: 14.617 112.172; 20.000 K des Los Nr. 42.072; 50.000 K das Los Nr. 191.017.

Das Attentat auf Seipel. Zu Beginn der Dienstag-Sitzung des Wiener Stadtrates gedachte Bürgermeister Seipel des Attentats auf den Bundeskanzler, befandete seinen Absichten gegen das Attentat, welches gewiß vom gekonnten Stadtsenat und den Gemeinderäten verurteilt wird. Ueber Seipels Befinden wurde ebenfalls ein sehr günstiges Bulletin ausgegeben. Die christlichsoziale Vereinigung beschloß, morgen vormittags im Stefansdom einen Wittgottesdienst für die baldige Genesung Dr. Seipels abzuhalten. Der österreichische Gewerbetbund beschloß einstimmig, während der Zeit des Gottesdienstes die Läden geschlossen zu halten.

Internationale Rundgebung der Wiener sozialistischen Jugend. Die jugendlichen Arbeiter, Turner und sozialistischen Studenten Wiens entboten Sonntag den Vertretern der Gewerkschaftsinternationale und der Sozialistischen Arbeiterinternationale ihren Willkommungsgruß. Vor dem roten Rathaus zog Wiener Arbeiterjugend am Abend auf, um zu bekunden, daß Wien eine von Arbeitern verwaltete Großstadt bleiben wird. Viele, viele Tausende füllten den weiten Platz vor dem Rathaus. Es sprachen Sassenbach, der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Labe, der Vertreter der französischen Gewerkschaftszentrale, Piot, ebenfalls aus Frankreich, Doser, ein rumänischer Delegierter, Paul als Vertreter des Sozialistischen Jugendverbandes in der Tschechoslowakei, Rank aus Deutschland, Ollenhauer, der Sekretär der Jugendinternationale und Reventlow, ein Vertreter der italienischen Arbeiterjugend. Namens des jungen Wiens begrüßten Riemer, Kermann, Kimm und Spitanics die ausländischen Gäste; für den Wiener Vorstand konnte Seber und für den Reichsparteivorstand Eidersch den ausländischen Delegierten versichern, daß in Wien die Saat des Sozialismus auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Alle Redner, insbesondere die Vertreter des Auslandes, erweckten jubelnden Beifall. Ein Sprechchor der Jugendlichen trug dann einen Freiheitschor vor. Ein Hornsignal, und aus Tausenden jungen Reihen stieg kampffreudig die „Internationale“ empor. Die ungeheure Menge löste sich in einem Zug auf, der seinen Weg auf den Karlsplatz nahm. Beim Parlament erscholl ein brausende Hochrufe auf die Internationale. Auf dem Karlsplatz sprachen noch der Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes Duedegast, ferner der Belgier Degraeve und Josef Suptold Stern zu den Jugendlichen.

600.000 Mitglieder hat, wenn man Herrn Stalin glauben darf, die kommunistische Partei Rußlands, des Mutterlandes des Bolschewismus. Dr. Stalin erklärte auf dem kürzlich togenen Kongresse der Kommunisten in Moskau, wie die Partei vom Vorjahre, da sie bloß 485.000 Mitglieder zählte, auf 600.000 in diesem Jahre angewachsen ist. Die Zahl ist immerhin einiger Betrachtung wert. 600.000 Mitglieder zählt also die R. P. Rußlands! Sowjetrußland zählt heute sicherlich rund 100 Millionen Einwohner. Stellt man die Bevölkerungsziffer Rußlands und den Mitgliederstand der Bolschewiki in Vergleich, so ergibt sich die immerhin bemerkenswerte Tatsache, daß die Bolschewiki wenig mehr als ein halbes Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Aber: In Rußland herrscht das Proletariat, in Rußland ist die Diktatur des Proletariats — so lehren, predigen und schreiben es wenigstens unsere Kommunisten. 600.000 Mitglieder hat die R. P. R., und das ist sogar dem Herrn Sinowjew zu wenig; denn dieser radikale Revolutionär „benötigt“ mindestens eine Million. Hr. Sinowjew sollte zu Smeral, Kreibich, Warmbrunn usw. in die Schule gehen, denn die R. P. C. sieht anders da. Die R. P. C. zählte im Jahre 1922, wie der unbedingt glaubwürdige „Vorwärts“ zu berichten wußte, über 300.000 Mitglieder. Was werden Smeral und Kreibich erst auf diesem Kongresse den Moskauern zu erzählen wissen! 600.000 Mitglieder zählt die R. P. R.

und Rußland ist das Rückgrat der dritten Internationalen. Es lebe — — —!

Der Held Deutschlands. Unter dem reich mit Orden geschmückten Kopf Ludendorffs schlägt, wie männiglich bekannt ist, ein heldisches Herz, das die Furcht nicht kennt. In einem Märchen ist der Held ausgezogen, um das Grusel zu lernen, und an diesen Helden erinnert Ludendorff. Wo ist dieser neuzeitliche Held nicht schon überall gewesen, welche abenteuerlichen Fahrten hat er nicht schon unternommen, sogar bis nach Holland, und nirgends noch hat er das Furchten gelernt. Nein, Furcht kennt Ludendorff nicht; er geht der Gefahr weit aus dem Wege, warum sollte er dann in stiller Geborgenheit Furcht empfinden? Seine Freunde, die den marxistischen Helden Deutschlands im 20. Jahrhundert vor allen Gefahren behüten sehen wollen, haben Ludendorff jetzt einen rührenden Beweis ihrer Anhänglichkeit und Verehrung gegeben. Es wird darüber gemeldet:

„Nach der Wahl vom 4. Mai sind deutschvölkische Abgeordnete an den jüdischen Regierungsrat Weiskopf im Polizeipräsidium Berlin herangetreten, um ihn um Schutz für Herrn Ludendorff zu ersuchen. Der Schutz wurde gewährt. Herr Ludendorff postiert Berlin nur noch unter starker, wenn auch unauffälliger Bedeckung. Im Parlament befindet er sich zum Schutz seines „bedrohten Lebens“ immer unter Bedeckung von mindestens zwei deutschvölkischen Abgeordneten, die ausdrücklich zu diesem Zweck abkommandiert sind.“

Als Rathenau, der Jude, dank der Hebe des Herrn Ludendorff nicht mehr sicher war, wurde ihm zwei Tage vor seiner Ermordung von der Berliner Polizei ein Schutz durch mehrere Kriminalbeamte angetragen. Der Jude Rathenau lehnte diesen Schutz trotz der bestehenden Gefahr für sein Leben ab. Herr Ludendorff hat also die Eigenschaften nicht, die er und seine Parteifreunde den Antisemiten nachrühmen, während der Jude Rathenau den Beweis dafür erbracht hat, daß er jenen Mut besessen hat, den die Deutschvölkischen mit dem Munde immer besingen wollen.

Der Kriegsheld Ludendorff läßt sich den Schutz gefallen, der Jude Rathenau hat ihn abgelehnt. Wie turmhoch steht doch Rathenau über Ludendorff. Da dieser aber das Maul weit genug aufreißen kann, ist und bleibt er der Erkorene aller deutschvölkischen Maulhelden.

Der Mörder des 15jährigen Beher. Aus Berlin wird gemeldet: In der Angelegenheit der Ermordung des 15jährigen Schülers Günther Beher, der bekanntlich in der Umgebung von Berlin erschossen aufgefunden wurde, hat der am schwersten belastete Liebed vor der Polizei das Geständnis abgelegt, den tödlichen Schuß abgegeben zu haben.

Die Dresdner Textilausstellung wurde am Samstag in Anwesenheit vieler Gäste, Vertreter der Presse usw. eröffnet. Ministerpräsident Gen. Held bezeichneter in seiner Ansprache die Textilindustrie als wirtschaftliches Rückgrat Sachsens und die Ausmaße der Ausstellung als sichtbaren Ausdruck des ungebeugten Lebenswillens des deutschen Volkes. Räumlich ist die Jahresfest u gegenüber den vorhergehenden Ausstellungen bedeutend erweitert worden. Aussteller sind hauptsächlich Sachsen, Thüringen, Bayern, Württemberg, Ostpreußen und das übrige Norddeutschland. Der Aus-

stellung angegliedert ist eine Sächse handwerklicher Textilindustrie, Textilien für die Bekleidung und eine wissenschaftlich-historische Abteilung. Besonders bedeutsam ist die Ausstellung von Textilmaschinen.

Gewitter und Ueberschwemmung in Budapest. Ueber Budapest ging gestern nachmittags unter einem stürmischen Sturm ein Wolkenbruch nieder, der Störungen der elektrischen Leitungen verursachte, so daß die Theater und Kinos nur verspätet ihre Vorstellungen beginnen konnten. Die von den Ofener Bergen herabströmenden Wassermassen drangen in die Keller von etwa 1000 Häusern ein, so daß die Feuerwehr vielfach intervenieren mußte. Auch mehrere Unfälle sind zu verzeichnen.

Hochwasser in England. In London treffen Berichte über den Ernst der Situation nach den großen Regenstürmen zu Ende der Vorwoche ein. Einige hundert Acres Boden in Yorkshire, Nord-Wales und an der nordöstlichen Küste sind unter Wasser und die junge Saat ist in vielen Landesteilen sehr beschädigt worden. Der Severnfluß bei Worcester führt so viel Wasser, daß dadurch die elektrische und auch die Gasbeleuchtung der Stadt bedroht wurde. Man ist besorgt, daß etwa fünf Menschenleben der Ueberschwemmung zum Opfer gefallen sind. Bei Preston wurde viel Vieh in das Meer geschwemmt.

Helene Odilon als Bettlerin. Wie man aus München meldet, hat die einst sehr berühmte Schauspielerin Helene Odilon den Münchener Zeitungen mitgeteilt, daß sie, gelähmt und erwerbsunfähig wie sie sei, mit einer selbstverfaßten Broschüre und ihrem Bild als Madame St.-Gene eine Tournee durch die deutschen Städte und Länder machen werde, um in Hotels und Restaurants Almosen für sich zu sammeln.

18 Todesopfer der Arbeit. In Delhi wurden infolge Bruches eines Dampfrohres in einer Spinnerei Montag früh 18 Personen getötet und eine Person schwer verletzt.

Eisenbahnkatastrophe. Aus Attica (Indiana) wird gemeldet: Bei einem Zusammenstoß zwischen zwei Passagierzügen wurden Sonntag abends neun Personen getötet und zwanzig verletzt.

Tragische Folgen einer Brandstiftung. Aus Halle meldet man: Sechs Handwerksburschen, die in einer Scheune des Gutes Stachow bei Rathenow übernachteten, setzten die Scheune unvorsichtig in Brand. Vier Burschen konnten sich retten, die beiden anderen verbrannten bei lebendigem Leibe, da sie in einer Nische eingeklemmt waren, und von ihren Kollegen im Stich gelassen wurden. Bei den Aufräumarbeiten der völlig niedergebrannten Scheune fand man die verholzten Leichen.

Der Krakauer politische Konstreprozeß, der, wie wir berichteten, Montag begann, wird voraussichtlich zwei Monate in Anspruch nehmen. Als Zeugen werden 228 Personen vorgeladen, darunter der ehemalige Ministerpräsident Witos, der ehemalige Innenminister Kierulff und der ehemalige Wojwode Galecki. Zur Verhandlung sind bis heute über 40 Berichterstatter aus ganz Polen sowie aus dem Auslande, darunter ein Korrespondent des Berliner „Vorwärts“, eingetroffen. Es handelt sich bei diesem Prozeß um die blutigen Straßenunruhen in Krakau am 6. November 1923, wobei zwischen

Militär und Polizei einerseits und den Arbeitern, die zwecks Unterstützung der Forderungen der streikenden Eisenbahner in den Generalstreik getreten waren, mit Maschinengewehren und Gewehren geschossen wurde. Hierbei fielen 3 Offiziere und 11 Soldaten und auf Seite der Zivilbevölkerung 18 Personen. 101 Soldaten, 38 Polizisten und über 100 Zivilpersonen wurden teils schwer, teils leicht verwundet. Die Aufkündigung umfaßt ca. 100 Druckseiten. Die Angeklagten werden von 14 Krakauer und Warschauer Advokaten verteidigt. Die Verhandlung erregt in ganz Polen das größte Interesse.

Das Palastkreuz. Ueber den Fund der dänischen Palastkreuz-Expedition in den Ruinen der Synagoge von Kaparnaum wurde bereits kurz berichtet. Die Expedition fand einen Fries, der als Palastkreuz bezeichnet wurde. Das Palastkreuz-Evangelium erzählt, daß diese Synagoge der jüdischen Gemeinde in Kaparnaum von Rommabanten der dort in Garnison liegenden römischen Hundertschaft geschenkt wurde. Eben Hedin, der Palastkreuz-Expedition im ersten Kriegsjahr befehligte, berichtet in dem Buche „Jerusalem“ über diese Synagoge und legt dar, daß sie eine von den drei Stellen ist, an denen Jesus nachweislich geweiht hat. Das Palastkreuz ist nicht allein nur arabisch oder germanischen Ursprungs, — die Swastika — ist ein uraltes, jedenfalls die Sonnenscheibe symbolisierendes Zeichen, das in allen alten Kulturländern als Symbol vorkommt und bei Ornamenten Verwendung gefunden hat. Sehr alt ist das Palastkreuz auf einem semitischen Kultgegenstand, den Schliemann in der zweiten Stadt auf der Stelle Trojas fand, ein kleines Blei-Idol, das eine „naakte weibliche Gestalt darstellt, mit langen Ringellocken vor den Ohren, Halsbändern, auf der Brust gekreuzten Armen und dem Palastkreuz vor dem Schoße. Wir haben offenbar die asiatische Art der uns und zugleich die einzige ganze menschliche Gestalt, welche die ältesten Schichten des Hügels von Hisarlik geliefert haben.“ Ganz ähnlich findet sich das Palastkreuz auf chinesischen Buddhafiguren. In einer wissenschaftlichen Studie von Jörg Lechler „Vom Palastkreuz“ wird nachgewiesen, wie das Palastkreuz als ein nur arabisches und germanisches Symbol aufgeführt wurde. Im deutschen Boden wurden viele Funde aus der Zeit der römischen Kaiser gehoben, von denen viele das Palastkreuz trugen. „Daher glaubte man, es sei ganz etwas Einheimisches und verwandte es in deutschem Sinne.“ Lechler schiebt seine Darstellung mit dem Sage: „Was im Tagestempel der Gegenwart aus dem Palastkreuz gemacht wird, gehört nicht in eine wissenschaftliche Abhandlung.“ Und in der Tat: auf Tempeln und Götterbildern, auf Waffen, Sakralen und profanen Gegenständen, als Unterbrechung von Ornamenten und als Amulet finden wir das Palastkreuz in allen Zeiten und bei fast allen Völkern; aber mit dem Palastkreuz Abstrichwände zu bemalen, ist erst eine Erzeugnis einer neuzeitlichen völkischen Hochkultur und eines ganz in die Irre gehenden Palastkreuzkultes.

Weltüberblick vom 3. Juni. Die an der Rückseite der südindianischen Depression einströmende kalte Luft hat in den letzten 24 Stunden Zentraluropa überflutet. Die Temperaturen sind im weiteren Rückgang begriffen. Die Regenschauer, die zum Teile von Gewittern begleitet waren, waren besonders ergiebig in Nordostpreußen und in der Südschwabe. — Wahrscheinliches Weiter von heute: Besserung.

Ein Paradies der Reichen.

Karlsbader Betrachtungen.

Wie ein treues und stilles Köhlein trägt mich der Zug durch das romantische Egertal, den gesegneten Gestirnen Westböhmens zu. In den Waggonsfenstern herein lacht der Spätsommer in seiner frischgrünen Pracht und mein Herz lacht mit, denn nach der Pein langer Krankheitswochen geht es freudvoller Tagen entgegen. Der düstere Ernst des Operationsaalles, die Schmerzen fieberdurchglühter Nächte, die bange Zweifel an der Schwelle der Genesung — all diese dunklen Erinnerungen läßt die lausende Fahrt zurück, sie zerfließen gleich häßlichen Traumbildern in der Ferne. Vorwärts, rastlos vorwärts stampft mein lauchendes Köhlein. Kraftvoll pulsierendes Leben grüßt mich aus Wald und Flur, aus betriebsamen Bauernhöfen und qualmenden Fabrikschloten. Bald bin ich am Ziel, der prachtvollen Kurstadt an der Tepl, die mir die Gesundheit wiedergeben soll; das teuerste und geringgeschätzteste aller irdischen Güter. Dann geht es wieder zu neuem Schaffen und zu neuen Kämpfen und zu frischer Tat. Wie jauchzt meine Seele!

Karlsbad ist erreicht, das Melita und Medina eines beträchtlichen Teiles der leidenden Menschheit. Die Pilgerstätte der Magen-, Darm-, Nieren-, Leber-, Zuckerkranken, der Fettstichtigen und der Gallensteinleidenden aus aller Herren Länder; und vor allem derer, die zu ihrem Leiden auch die nötigen Moneten besitzen. Die Natur meint es ja gut. Sie läßt hier die heilkräftigen Quellen — 19 an der Zahl — für alle sprudeln, die ihrer Wunderkraft bedürfen. Doch wie es in der besten aller Welten so schön eingerichtet ist, auch die Gesundheit ein käufliches Gut für den, der sie verloren, sein Geld aber behalten hat. Darum ist Karlsbad im Laufe der Entwicklung ein Paradies für die Reichen geworden, die berühmte Heilkräfte seiner Thermen ein lukratives Geschäft für einen Teil der Bewohner und die Existenzgrundlage fast seiner gesamten Bevölkerung. So zeugt die Pracht der Bauten, der Luxus der zahlreichen Hotels und Vergnügungs-

stätten, die silbvolle Schönheit der Kurorte von dem zusammengefloßenem Reichtum einiger Erdteile. Auf den Kaffeepflanzagen Brasiliens, den Kohlenfeldern Nordamerikas und Oberschlesiens, den weiten Landgütern der russischen Fürsten und der preussischen Junker, in den Werkstätten und Kontoren der europäischen Großstädte sind die Milliardenwerte erarbeitet worden, die es ermöglichen, aus der kleinen Siedlung in der malerischen Teplschlucht — deren Bestand geschichtliche Zeugnisse schon im Jahre 1325 vermerken — einen internationalen Weltkurort ersten Ranges zu schaffen.

Im Kurbetriebe wird man gewahrt, daß die vorhandenen Gesundungsmöglichkeiten viel zu wenig ausgenutzt werden. Die doppelte und dreifache Zahl Leidender könnte beherbergt, verpflegt, so wie zu den Trink- und Bädereuen zugelassen werden. Der Zerstörer Krieg hat den Jahr für Jahr anstieghenden Zustrom von Kurgästen plötzlich verstopfen lassen, und er will noch immer nicht so reichlich fließen, wie ehemals. An verschiedenen Stellen der Kuranlagen befinden sich graphische Darstellungen, die den Wechsel der Frequenz bildkräftig vor Augen führen. Seit den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, war der Fremdenzustrom nach Karlsbad in stetigem Wachsen begriffen. Im Jahre 1911 erreichte er mit rund 70.000 Besuchern (Jahressumme) den Höhepunkt, um in den folgenden Krisenjahren 1912 und 1913 auf mehr als 60.000 herabzugesinken. Die Saison 1914 ließ sich ganz gut an und als sie auf ihrem Gipfel angelangt war, brach die Katastrophe herein. Drei Viertel der 15.000 Kurgäste, die in den verhängnisvollen Julitagen dieses Jahres anwesend waren, verließen panikartig die Stadt. Der grausame Herrscher Krieg übernahm das Zepter. Nicht Kranke gefunden zu lassen, sondern Gesunde zu töten oder zu verstümmeln war durch 4 Jahre oberste Pflicht. Indessen verbotenen die Heilstätten der Kurorte, sofern sie nicht zur Verwundetenpflege herangezogen wurden. In Karlsbad erreichte die Jahresfrequenz merkwürdigerweise erst im Jahre 1919 mit 15.000 Besuchern ihren Tiefpunkt: 1920 rund 27.000, 1921 41.000, 1922 27.000, 1923 29.000 Gäste. Fast könnte man diese

Tabelle einen Gradmesser der politischen Stabilität in Europa nennen. Die heutige Saison verspricht bedeutend besser zu werden als ihre Vorgängerinnen. Und alle, die an den Fremden verdienen wollen, vom Hotelaktionär über das Stubenmädchen bis zu den barfüßigen Vuden, die in den Straßen Blumen verkaufen, freuen sich schon darauf, den Entgang der letzten Unfriedensjahre nun weitmachen zu können.

Wer kennt die Völker, zählt die Namen, die sich auf der Wühlbrunnensolonnade oder in der Sprudelhalle herumtreiben, wenn die Kurpöbeln ihre schönen und allerschönsten Stücke spielen; oder die nachher die Gaststätten des Teplales, die herrlichen Ausflugsorte der umliegenden Höhen bevölkern. An diesen neutralen Stätten schweigt der nationale und der konfessionelle Gegensatz. Angehörige der siegreichen, der besiegten, befreiten und der neutralen Völker, Europäer, Amerikaner, Afrikaner vertragen sich glänzend miteinander, weil sie offenbar das Ansehen gegen einander bis über die Häße satt haben. Hätte sich die Regierung nicht partout in Kopf gesetzt, der „Staatsprache“ in den deutschen Kurorten mit bürokratischer Gewalt einen ungebührlichen Vorrang zu erzwingen, dann könnte man in dieser idyllischen Gegend sogar vergessen, daß es hierzulande eine Sprachenfrage und einen Nationalitätenstreit gibt. — Feht vor der eigentlichen Hochsaison, sind meistens wirklich kranke Leute da, darunter manche arme Teufel, die sich das Geld vom Munde abgepart haben, um nach Karlsbad gehen zu können. Aber auch typische Kurstadtbummler findet man, deren eleganter „Schmuck“ auf 100 Schritte verrät, daß sie müßige Geldbesitzer von Profession sind. Ueberhaupt langweilen sich diese reichen Leute anscheinend immer und überall, auch wenn sie sich die üblichen Vergnügen leisten und Aufmerksamkeiten vortauschen. Vielen, die bei Bupp dienen, oder zu den abschulischen „modernen Tänzen“ drängen, merkt man an, daß sie nur Börsianer auf Urlaub sind. O, armseliges entleertes Geschlecht!

Eigentlich erfüllen solche Kurorte auch den Zweck, der Menschheit die soziale Ungerechtigkeit

des herrschenden Systems plastisch vor Augen zu führen. In der Tat gibt es Abertausende von Proletariaten diesseits und jenseits der Grenzen, die durch einen ein- oder mehrmaligen Kuraufenthalt in Karlsbad von jahrelangem Siechtum und frühem Tode bewahrt werden können. Brave Familienväter, unerfegliche Mütter könnten hier ihren Familien errettet werden — wenn sie Geld hätten. Ich selber kenne die Frau eines Arbeitlosen, ein grundgütiges intelligentes Weib, Mutter einer Schar herziger Kinder, die zwei Bahnstunden von Karlsbad entfernt wohnt und an Wallenstein dahintrinkt. . . Ihr ist der so kurze Weg zur Gesundheit versperrt, hingegen steht dem Wiener Großaktionär dem Budapestter Fabrikanten, ja sogar jedem Sklavenhändler aus Mittelafrika, den zufällig der mit Goldstücken beschwerte Schmerbauch drückt, der Weg zu den Heilbädern der ganzen Welt offen. — Was wohl die „Individualisten“, die Befürworter der „marxistischen Gleichmacherei“ zu diesem schlichten Tatbestand sagen mögen! Jawohl, im Angesichte dieses wahnwitzigen Unrechts, das das Naturgeschenk unerfeglicher Heilkräfte in erster Linie einer kleinen Minderheit Besitzender zugänglich macht, wird den Sozialisten erst recht klar, daß wir in sozialem Sinne noch viel mehr und noch viel energischer „Gleichmacherei“ betreiben müssen, als bisher. Neben Hunderten von Palästen und Wohnstätten für die Bourgeoisie steht in Karlsbad den deutschösterreichischen und unseren Arbeiterkrankenaffen nur ein einziges beschcheidenes Kurhaus zur Verfügung, das höchstensfalls 30 heilbedürftige Proletariaten fassen kann. Da gibt es zu kämpfen und zu arbeiten, bis allen kranken Arbeitern die natürlichen und künstlichen Heilungsmöglichkeiten unserer Zeit zugänglich sind! Bis jeder schaffende Mensch alljährlich seinen gesicherten Urlaub hat, auf daß er seine Gesundheit pflegen und bewahren kann. Da gibt es noch ein gewaltiges Tätigkeitsfeld für unsere sozialen Fürsorgeinstitute, unsere Gewerkschaften, für alle unsere Organisations-

Freunde, wir dürfen nicht müde werden, denn viel hat das Proletariat noch zu erobern!

Josef Raicz.

Kleine Chronik.

Die Schädlinge des Gemüsebaues.

Der seinen Gemüsegarten richtig pflegt, der wird auch den vollen Ertrag daraus erzielen. Vor allem ist das Unkraut zu beseitigen, damit die Pflanze möglichst frei wächst und ihr der Nährstoff nicht geraubt wird. Nach einem Regen ist es besonders leicht, die Unkrautpflanzen aus den Beeten zu entfernen. Bei trockenem Wetter kann man durch Bekämpfen der Pflanze das Unkraut leicht entfernen. Unter allen Umständen darf das Unkraut nicht solange stehen, bis es Samen hat, sonst fällt derselbe aus und das Unkraut ist unauflösbar. Die Wurzelunkräuter, als Lücke, Adersüßholzwurzel usw. sind samt der Wurzel zu verbrennen. Von den schädlichen Tieren ist die Feldmaus zu nennen. Dieselbe frisst das Wurzelgemüse an. Völlig ist auch der Maulwurf durch sein Auswerfen der Erdhügel, dadurch kommt die Pflanze aus der Wurzelung und verdorrt, sobald man sie nicht sofort frisch einpflanzt. Doch können wir den Maulwurf nicht als Schädling bezeichnen, da er doch den schädlichen Insekten, besonders Engerlingen eifrig nachstellt. Sind im Garten Engerlinge, Würmer usw., so fressen dieselben die zarten Wurzeln ab und das Pflänzchen stirbt ab. Findet der Maulwurf keine schädlichen Insekten mehr, so wandert er schon selbst zum Nachbar. Man töte dieses nützliche Tier, das wir als Polizeier der Unterwelt bezeichnen, ja nicht. Der Maulwurf ist ein Feind vieler Gerüche. Wollen wir ihn aus dem Garten oder Mißbeet vertreiben, so schiebe man in seinen Gang einen in Teer oder Petroleum getränkten Lappen an mehreren Stellen und er verläßt diese Stelle. Die Schnecken fressen die zarten Blätter der Pflanzen. Eine Kröte oder einen Igel in den Garten gegeben, wird sie vernichten. Am schädlichsten und am wenigsten beachtet sind die Erdflöhe. Gegen die Erdflöhe hilft am besten das Bestreuen der jungen Pflanzen mit Kuh-, Stall oder Hühnerdung, damit die Laiche an den feuchten Blättern hängen bleiben. Gibt man in das Wasser etwas Petroleum und begießt damit die Pflanzen, so vertreibt man sie auch. Der Drahtwurm, die Larve des Saatkornkäfers, der die Wurzel der jungen Salatpflanzen abfrisst, vertilgt man, indem man die umgefallene Salatpflanze herauszieht, darunter liegt der Drahtwurm, den man tötet. Blattläuse treten auf, wenn ein halbwegs trockener Sommer ist. So die schwarze Blattlaus, welche an den Bohnen viel Schaden macht. Durch Bestäuben mit Tabakertract werden sie vernichtet.

Von den Vögeln sind es namentlich die Sperlinge, welche dem Gemüsegarten vielen Schaden und Ärger bereiten. Oft hat man ein Beet mit Salatpflanzen bestellt und in ein bis zwei Tagen sind dieselben wie verschwunden. Das haben die Sperlinge verübt. Um sich vor diesen lästigen Vögeln zu schützen, überspannt man das bepflanzen Beet mit Weißbäden.

M. L.

Gerichtssaal.

Zum Tode durch den Strang verurteilt.

Montag wurde beim Troppauer Landgericht die zweite Schwurgerichtssession eröffnet. Zur Verhandlung gelangte ein Raubmord, über den wir vor einigen Monaten kurz berichteten.

Der Raubmord an der Hausiererin.

Angelagt war der 39 Jahre alte Spenglergehilfe Schnürch aus Troppau, der wiederholt wegen verschiedener Delikte bestraft wurde, zuletzt mit zwei Jahren Kerker. Der Angeklagte lebte unter den traurigsten Verhältnissen und sein steter Wunsch nach Geld, um aus den mißlichen Verhältnissen als Arbeitsloser herauszukommen, wurde ihm zum Verhängnis. Er bemohnte in Troppau an der Mühlstraße mit seiner Frau eine Kellerterrasse, in die durch ein kleines Fenster nur spärlich Licht eindringt. Die Wohnungseinrichtung bestand aus einem Bett und einem Kasten, welche Sachen dem Hausbesitzer gehörten, ferner aus einem Tisch, Stuhl und Speisekasten nebst anderen Kleinigkeiten. Bis zu Weihnachten arbeitete er bei dem Spenglermeister Jäg in Troppau, bei welchem er 800 bis 1000 Kronen monatlich verdiente. Bei der Kiererei riefte ihn sein Chef einlassen, da Schnürch wiederholt betrunken zur Arbeit erschien. Sodann mußte seine Frau in der Rindholzstraße dem Erwerbe nachgehen. Am 7. Februar erkrankte der Schnürch ein Kollege, er möge für ihn einen Vertrag einlassen und dann in der Fischergasse erwarten. Der Angeklagte kam diesem Erfuchen nach, wartete aber vergeblich auf seinen Kollegen, was ihn nicht hinderte, den lastierten Vertrag von zwölf Kronen in Schnaps umzuwandeln. Am Schloßring angekommen, traf er die slowakische Hausierin Harmady, die mit Epochen handelte und die Kunden in ihren Wohnungen aufsuchte. Als Schnürch die Harmady mit dem großen Pack auf dem Rücken erblickte, dachte er, den Leuten geht es gut, sie verdienen sehr viel Geld, ohne viel zu arbeiten. Und da er viel Geld bei der Hausiererin vermutete, sagte er den Entschluß, diese in seine Wohnung zu laden und dort zu berauben. Unter dem Vorwande, sie solle mit ihm kommen, er werde ihr etwas abkaufen, führte er seinen Entschluß aus. In der dunklen Wohnung angekommen, wollte die Harmady ihren schweren Pack auf den Tisch legen. Dabei bemerkte die ahnungslose Frau, wie Schnürch aus dem Speisekasten einen Hammer herausholte. Sie ist entsetzt abgewandert, eilte sie zur Tür, die sie zwar noch öffnen konnte, in denselben Momente aber stürzte sie schon von einem Hammerstoß getroffen, schwer stöhnend zu Boden.

Der Hausherr, der den Raubmord ruhig gesehen ließ.

Den Schreck und Fall der Bedauernswerten Frau hörte der Hausherr des Angeklagten, der Gemischtwarenhändler Ueberall. Als Ueberall

in den Keller kam, um zu sehen, was da los sei, bemerkte er, wie der Schnürch auf der unglücklichen Frau kniete, diese würgte und mit dem Hammer auf den Kopf schlug. Statt der überfallenen Frau sofort zu Hilfe zu eilen, holte Ueberall erst seine Frau und als beide zu dem Schnürch in die Wohnung traten, kniete dieser noch immer auf der Harmady und bearbeitete sie fortwährend mit dem Hammer. Jetzt erst schritt Ueberall ein. Als Schnürch angerufen wurde, sprang er erschreckt auf und auf die halb tote Frau deutend, sprach er zu Ueberall: „Diese Kanaille wollte mich überfallen und mit dem Messer erstechen. Deshalb mußte ich mich wehren!“ Nun bemerkte erst Ueberall, daß die auf der Erde liegende und schwer stöhnende Frau nicht die Frau des Schnürch ist, wie er vorher angenommen hatte. Die Frau des Hausbesitzers verständigte sofort die Polizei und Ueberall holte für die schwerverletzte Frau Hilfe. Während dieser Zeit ging Schnürch zur Oppa, wusch seine Hände von dem Blute rein; ging zu seiner Frau in die Rindholzstraße, welcher er erzählte, ein Mann und eine Frau waren ihn befallen und wollten ihn überfallen. In der Notwehr habe er dann die Frau erschlagen. Seine Frau schickte ihn zur Polizei, damit er sich selbst stecke. Los tat Schnürch und wurde sofort in Haft genommen. Die Harmady hatte mit dem Hammer

21 schwere Schläge auf den Kopf

erhalten, starb aber bald nach der Einlieferung im Krankenhaus.

Bei der ersten Einvernahme auf der Polizeiwachstube gestand Schnürch ein, daß er die Frau ermorden und berauben wollte. Dem Untersuchungsrichter erzählte er wieder, seine erste Aussage sei unwahr, er habe so antworten müssen, weil er von den Polizisten mit dem Revolver geprügelt wurde. In Absicht, die Frau zu töten, hatte er nicht, er wollte die Frau nur betäuben. Da sie aber um Hilfe rief, versetzte er ihr noch mehr Schläge auf den Kopf, bis das Gehirn hervorquoll.

Im Spital fand man im Unterode der ermordeten Harmady 3092 Kronen. Die Ermordete ist verheiratet und Mutter eines unehelichen Mädchens und lebte mit ihrem Manne, einem Jnsolviden, äußerst glücklich.

Der Verteidiger, Herr Dr. Leschner, bemängelte sich in seinem Plädoyer sehr, für den Angeklagten die über die Umstände ins Treffen zu führen. Er verwies auf die trostlose Lage, in der sich der Angeklagte als Arbeitsloser befand, der in dem fortwährenden Bestreben, aus dem Elend herauszukommen, zu der unheilvollen Tat schritt. Der Verteidiger verwies auch darauf, daß man während des Krieges den Soldaten befehl, die Leute auf der Gegend in Massen zu erschließen, ja sie dafür noch auszeichnete.

Es wurde die Eventualstrafe auf Totschlag gestellt, die aber der Gerichtshof abwies. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des Raubmordes einstimmig schuldig, worauf ihn der Gerichtshof

zum Tode durch den Strang

verurteilte. Der Verteidiger beantragte Begnadigung.

Für den Mann und das Kind der Ermordeten wurden im Gerichtssaal über 100 Kronen gesammelt.

Volkswirtschaft.

Der Kampf in der Metallindustrie Nordwestböhmens endgültig beigelegt

Wie schon das letzte Mal berichtet wurde, fand am 24. Mai eine Aussprache zwischen den Vorständen des Internationalen Metallarbeiterverbandes, sowie des Metallindustriellenverbandes in Teplice statt. Auf Grund derselben begannen am Montag, den 28. Mai die Vertragsverhandlungen, welche sich jedoch sehr schwierig gestalteten. Obwohl es einigemale schien, als wenn die Verhandlungen scheitern sollten, war es doch möglich, sie derart zu führen, daß am Mittwoch, den 28. Mai eine Vereinbarung erzielt werden konnte, wonach sich die Vertrauensmänner der im Streit stehenden Belegschaften bei ihren Betriebsleitungen zur Arbeitsaufnahme für Montag, den 2. Juni anmelden werden, während der Metallindustriellenverband die Weisung hinausgab, daß die für Freitag, den 30. Mai angeordnete Aussperrung nicht durchgeführt wird. Die Verhandlungen wurden weitergeführt und besonders in den letzten Tagen durch eine Anzahl von Zwischenfällen, die sich auf Grund von Mißverständnissen in einzelnen Betrieben ereigneten, sehr erschwert. So ergab sich eine Differenz bei der Firma Garmas in Bodenbach, die zur Stilllegung des Betriebes führte, eine weitere Differenz bei den Kupferwerken in Pömmelitz, in welchen die Direktion die Situation beunruhigen wollte, um ein strenges Rauchverbot durchzuführen, wodurch sich die Arbeitsaufnahme verzögerte und eine neuerliche Stilllegung der Emailierwerke Haardt u. Co. in Nešowitz, die jedoch gleichfalls befristigt werden konnte. Nach all diesen Schwierigkeiten war es am 2. Juni endlich möglich, den Rahmenvertrag fertigzustellen und für beide Teile als verbindlich zu erklären. Nur eine Differenzfrage wegen der Ueberstundenentlohnung in den Elektrizitätswerken blieb offen, diese soll, wenn diesbezügliche Verhandlungen mit den Arbeitern stattgefunden haben, nach Pfingsten erledigt werden.

Es ist gelungen, die schweren Gefahren, welche den Metallarbeitern aus dem Vertragsentwurf der Unternehmer drohen, abzuwehren. Besonders war es die Urlaubsfrage, be-

züglich welcher große Gegenstände zu überbrücken waren. Es war möglich, den Urlaub im alten Ausmaße ungeschmälert zu sichern. Auch die Vertrauensmänner der Arbeiter, die im Vertrag nicht mehr anerkannt werden sollten, werden nun doch wieder anerkannt. Die Ueberstundenfrage bleiben in der gleichen Höhe bestehen und wurden auch für Akkordarbeiten gesichert. Nur die Sonn- und Feiertagsarbeit wurde auf 50 und 100 Prozent Zuschlag herabgesetzt, so wie sie bereits in den anderen Industriezweigen bezahlt wird. In diesem Punkte bestanden besonders große Gegenstände, da die Unternehmer ursprünglich für die erste Ueberstunde nur zehn Prozent bezahlen wollten. Auch die Nachzulage, die entfallen sollte, blieb bestehen. Die Bestimmungen des § 1154 b bleiben ebenfalls die gleichen und nur für den § 1155 wurde an Stelle der bisherigen Bestimmung die gesetzliche Fassung eingefügt.

Eine schwierige Frage war die Bestimmung über Aufnahme und Entlassung von Arbeitern, welche im alten Vertrage enthalten war. Hier waren große prinzipielle Gegenstände vorhanden und es schien einigemale, als wenn daran die Verhandlungen scheitern sollten. Um dies zu verhindern und den Rahmenvertrag nicht in Frage zu stellen, einigte man sich dahin, diese Bestimmungen aus dem Vertrage herauszunehmen, doch soll sich an dem bisherigen Zustande nichts ändern. Der Vertrag wurde rückwirkend ab 1. Mai abgeschlossen, damit alle, während dieser Zeit sich ergebenden Differenzfälle nach den Bestimmungen des Rahmenvertrages erledigt werden können.

Da es aus technischen Gründen unmöglich war, gleichzeitig auch den Lohnvertrag fertigzustellen, wurde vereinbart, daß umgehend die Verhandlungen bezüglich des Lohnvertrages begonnen werden sollen und bis zur endgültigen Erledigung fortzusetzen sind.

Die Metallarbeiterschaft hat während dieser Bewegung eine musterhafte Disziplin bewahrt und war es zum größten Teil auch nur derselben zu verdanken, daß es gelang, alle Verschlechterungsabsichten der Unternehmer abzuwehren. Es soll dies für die Metallarbeiter eine Mahnung sein, der Organisation auch in Zukunft treu zu bleiben, damit es in späteren Fällen wieder möglich ist, alle Angriffe der Unternehmer erfolgreich abzuwehren.

Veratungen der beiden freigewerkschaftlichen Zentralstellen.

Unter diesem Titel meldet die letzte Nummer der „Gewerkschaftlichen Rundschau“:

Am 6. und 13. Mai 1924 fanden in Prag Sitzungen des seinerzeit über Anregung des Sekretärs des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Zig Amsterdams) eingefestigten gemeinsamen Ausschusses der beiden Gewerkschaftszentralen, Deutscher Gewerkschaftsvereinigung und Tschechoslowakische Gewerkschaftsvereinigung statt. Die Beratungen betrafen die gewerkschaftliche Organisationsfrage in der Tschechoslowakei. Es wurden die gegenseitigen Vorschläge verhandelt und eine Aussprache über die Möglichkeit einer dauernden gemeinsamen Zusammenarbeit durchgeführt. Die den beiden Sitzungen vorliegenden Anträge betrafen die Schaffung einer gemeinsamen Landeszentrale, die Organisation der Verbände und deren Gegenseitigkeitsverhältnisse. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Sie wurden über Antrag der Vertretung der Tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigung vertagt.

Generalversammlung des Zentralvereines der Buchdrucker und Schriftsetzergesellen Böhmens.

Sonntag den 1. Juni fand die Generalversammlung des Zentralvereines Typografica Beseda statt. Den Vorsitz führte der Obmann Farka, den Bericht erstattete Bauer. Es wurde beschlossen, die Verbandunterstützungen in derselben Höhe aufrecht zu erhalten und ebenso denselben Mitgliedsbeitrag wie bisher einzubehalten. Ein Antrag der Reichenerger Filiale auf Einberufung eines Reichsbetriebsausschüßlerkongresses wurde abgelehnt und ein Antrag angenommen, worin die Revellierung des Betriebsausschüßlergesetzes als notwendig erklärt wird. Von Bedeutung ist auch eine Resolution, betreffend die Sozialversicherung, die gegen jede weitere Verschlechterung der Vorlage und insbesondere gegen die Verzögerung der Gesetzgebung der Sozialversicherung protestiert. Zum Obmann wurde abermals Farka gewählt.

Erwerbslosenfürsorge in Deutschland.

Infolge der Wirtschaftskrise wurden die Bestimmungen über Erwerbslosenfürsorge in Deutschland geändert. Eine Verordnung vom 16. Februar 1924 bestimmt unter anderem wie folgt: Der Beitrag ist bis drei Prozent des Lohnes zu steigern, wovon Unternehmer und Arbeiter je die Hälfte tragen; erst wenn dieser Beitragssatz erreicht ist, tritt eine Zuschuldstellung des Reiches und der Länder ein. Der Reichsarbeitsminister kann mit Zustimmung des Reichsfinanzministers und des Reichsrates und nach Anhörung des Verwaltungsrates bestimmte Beschäftigungen oder Personengruppen für beitragsfrei erklären oder verschieden belasten. Unter Hinweis, daß sich die Landwirtschaft in einer Krise befinde, und daß die in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter kaum ein Bedürfnis für die Erwerbslosenunterstützung hätten, wollen die landwirtschaftlichen Arbeitgeber von der Beitragspflicht entbunden werden. Es sind starke Tendenzen vorhanden, ihrem Verlangen entgegenzukommen. Beitragspflichtig sind nur gegen Krankheit versicherte Personen. Erwerbslosenunterstützung erhält nur der, welcher in den letzten zwölf Monaten vor Eintritt des

Krankheitsfalls mindestens drei Monate krankensicherungsspflichtige Beschäftigung ausübte. Bei Angestellten ist die Grenze zur Zeit 150 Mark monatlich. Die Kurzarbeitern: erstattung wird grundsätzlich befristet, doch kann die oberste Landesbehörde mit Zustimmung des Arbeits- und Finanzministeriums anordnen, daß einzelne Gemeinden eine Fürsorge für Kurzarbeiter einrichten.

Internationale Arbeitskonferenz in Genf. Am 12. Juni beginnt die Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in Genf seine Beratungen und am 16. tritt die Internationale Arbeitskonferenz zusammen, welche drei bis vier Wochen dauern wird, und an der mehr als 50 Mitgliedsstaaten mit Regierungen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertretern teilnehmen werden. Die Konferenz wird folgende Fragen behandeln: Die Ausbarmachung der freien Zeit der Arbeiter, die gleiche Behandlung der ausländischen und der nationalen Arbeiter, die Opfer eines Arbeitsunfalles sind, die wöchentlich 24-stündige Arbeitsruhe in bestimmten Kategorien der Glasindustrie und die Nachtzeit in den Bäckereien. Ferner wird sich die Konferenz mit Fragen befassen, welche die Tätigkeit der internationalen Arbeitsorganisation betreffen. Die Konferenz wird vom Berichte des Direktors und von weiteren Berichten über die Arbeiten der beratenden Kommission Kenntnis nehmen.

Ein Landarbeitergesetz in England. Das englische Unterhaus nahm mit 245 gegen 214 Stimmen in zweiter Lesung die Regierungsbill betreffend die Arbeitsstunden und Löhne für Landarbeiter an. Die Bill ist bestimmt, die Lage der Landarbeiter zu verbessern.

Sowjetrußlands Wirtschaftsleben 1917 bis 1923. Das Internationale Arbeitsamt hat eben ein neues Buch über die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands in den Jahren 1917 bis 1923 herausgegeben. Es werden darin behandelt: die wirtschaftliche Gesetzgebung sowie die Gestaltung der Wirtschaftszustände und der Arbeitsbedingungen; auch werden die fundamentalen Unterschiede dargelegt, die zwischen dem gegenwärtigen System und jenem bestehen, das vor 1921 praktiziert wurde. Es kommt darin die Umwandlung Rußlands deutlich zum Ausdruck. Einleitend werden die Aufgaben des Arbeitskommissariates dargestellt, dann folgen Abschnitte über Lohnpolitik vor dem Uebergang zur neuen Wirtschaftspolitik und ferner, über Kollektivverträge, die Schließung von Arbeitsverträgen, die Regelung des Arbeitsmarktes, die Sozialversicherung und die Gewerbeaufsicht. Daran schließt sich noch ein Kapitel über Gewerkschaften, ihre rechtliche Stellung, ihre Aufgaben, ihre Beziehungen zur Leitung wirtschaftlicher Unternehmungen usw. Statistische Nachweisungen sind dem Buche beigegeben, aus dem man ersieht, daß tiefgreifende Wandlungen in den Arbeitsverhältnissen wie auch in der materiellen Lage der Arbeiterschaft stattfanden. Die Arbeitsgesetzgebung wurde umgestaltet; das neue Gesetzbuch der Arbeit geht von Grundfäden aus, die von den früheren völlig abweichend sind. Der Arbeitsvertrag ist praktisch abgeschafft, die Aufnahme wie Entlassung von Arbeitern ist freigestellt und die Arbeitsbedingungen werden durch freies Uebereinkommen zwischen den beteiligten Parteien geregelt. Der Preis der Arbeit wird wieder durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage bestimmt. Der Staat beschränkt sich auf Festsetzung von Mindestlöhnen, während die tatsächlichen Löhne durch kollektive Uebereinkommen der Parteien bestimmt werden. Es besteht aber noch immer ein erheblicher Spielraum zwischen den gesetzlichen Bestimmungen und deren Anwendung, aber nach und nach werden die ersteren den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt, was wieder auf die Lebensbedingungen der Arbeiter zurückwirkt.

Literatur.

Das Knopfmuseum Heinrich Waldes in Prag-Brosowiec versendet nach neuerlicher Eröffnung seiner Sammlungen an Museen, wissenschaftliche Institute und Fachinteressenten den IV. Jahrgang der „Berichte“. Das Heft enthält unter anderem reich illustrierten Beiträgen aus der Feder hervorragender Mitarbeiter nachfolgende interessante Abhandlungen: Jean Louis Spongel, Dresden: Jean Christian Reuber und die Wiederbelebung des Jellennosaits. Theodor Bedepohl, Berlin: Die Entwicklung des Kleidergeschlusses im Mittelalter. Dr. F. A. Jirák, Prag: Der Jungbunzlauer Hund aus dem Jahre 1875. Prof. Hermann Starke, Dresden: Zur Geschichte des Handschuhes Da Assen, Berlin: Der Schmudknopf zu Anfang des XVIII. Jahrhunderts. Kamill Hilbert-Jesek Hofman, Prag: Die St. Wenzelsstatue im Dom zu St. Veit. A. Rudynka-Jesek Hofman, Prag: Hellich's Zeichnungen von Museums-Denkmalern. Dr. Wenzel Wagner, Prag: Fibeln auf griechischen Idolen aus Teracotta. Abraham Grünberg, Warschau: Nachrichten über Kleidergeschlüsse in Bibel und Talmud. Dr. Eisenberg, Dobřis-Prag: Kleider und Kleidergeschlüsse in Koran und Tradition.

Kunst und Wissen.

Vom Internationalen Musikfest in Prag

Konzert der Prager deutschen Subsektion. Da die schaffende deutsche Tonkunst in der Tschechoslowakei bei den offiziellen drei großen Festkonzerten nicht zu Worte kommt, hatte der deutsche Verein für musikalische Privatveranstaltungen in Prag als deutsche Subsektion der internationalen Gesellschaft für neue Musik mit dem Siege in London ein eigenes Konzert veranstaltet, bei dem vier der nam-

häufigsten deutsch-tschechoslowakischen Lieddichter mit aufgeführten Werken vertreten waren. Das bedeutendste Werk des Programms war ein neues Trio für Violine, Violoncello und Klavier von Fidelio Finta (* 1891). Dreifach in der Form offenbart diese Lieddichtung ebenso viel Erfindungsreichtum wie Originalität, ist rhythmisch außerordentlich abwechslungsreich, glanzvoll in den Klangfarben und von abgeklärter stilistischer Geschlossenheit. Selbst die häufigen Dissonanzen des Wertes fallen nicht unangenehm ins Ohr, weil sie sich aus der konsequenten Führung der Stimmen ergeben. Im Trio offenbart sich jedenfalls ein großes Talent. Weniger überzeugt haben mich die Klavierkompositionen Erwin Schulhoffs, eine große, einfache, in Wirklichkeit dreiteilige Klavierfonate und die „Variationen und Fuge“. Schulhoffs Stil ist vor allem zu überladen und dynamisch einseitig auf das Forte eingestellt und die Besonderheiten seiner Satztechnik erschöpfen sich in unansehnlichen Imitationen (Nachahmungen) und Fugatos; die Variationen insbesondere zeigen wenig Originalität in rhythmischer Hinsicht, der sie abschließende Fuge fehlt infolge des ständigen Kraftanstiegs die richtige Steigerung. Auch Viktor Ullmann (* 1896) siebenstimmiger Liederkreis für Sopran und Klavier wirkte nicht unmittelbar, trotzdem es ihm stellenweise nicht an wirklicher Originalität des Rhythmus und Klanges gebricht. Keinesfalls bedeuten diese Werke eine Weiterentwicklung des modernen Liedstiles, weil sie zu zerissen in der gesanglichen Deklamation sind, der einheitlich festgehaltenen Grundstimmung entraten und die Ausdruckskraft ihrer Tonsprache für den Textinhalt nicht überzeugend genug ist. Auch die geschraubte Führung der Singstimme in auf- und absteigenden Tonen- und Zeilenintervallen entspricht nicht dem richtigen Liedstille. Die fünf Gesänge aus der Rhapsodie „Höre mich reden, Anna-Maria“ von dem Berliner deutschen Tonsetzer Bruno Weigl (* 1881) gaben sich als stark nachempfundene Liedlichkeit im Sinne Richard Strauß zu erkennen. Nicht genug zu würdigen sind die reproduktiven Leistungen der ausführenden Künstler dieses Konzertes: Kl. Forrai und Prof. Chm (Gesang), Erwin Schulhoff und Prof. Franz Langer (Klavier), Willy Schweuda (Violine) und Max Alt (Cello).

Tschechische Kammermusik.

Schade, daß auf dem Programm dieser Veranstaltung Dvořak als der bedeutendste tschechische Meister des Kammermusikstiles fehlte, sie wäre noch um einen Grad intensiver in ihrer Offenbarungskraft gewesen. Es ist nicht bloßer Zufall, daß die konservativen Kammermusikwerke älterer Richtung bei diesem Konzerte über die neuere Kunst triumphierten. Denn sowohl Smetana's wundervolles, tiefstes fühlendes zweites Streichquartett in D-moll als auch Vítězslav Novák's einfaches, aus einem weichen jugendlichen in wunderbarer Polyphonie aufblühendes D-dur-Streichquartett sind Schöpfungen von höchster künstlerischer Ausdruckskraft, deren unmittelbarer Wirkung sich weder der Laie noch der Musiker entziehen kann. Auch R. S. Křátek (* 1891) einfaches Streichquartett in C-moll ist ein der größten Beachtung wertest neuzeitliches Werk, von rhythmischer Festigkeit im ersten Hauptthema, das durch slavisch volkstümliche und liedmäßige Zwischenthemen abwechslungsreich unterbrochen wird, stark konzentriert in der Form, die balladenhaft oder rhapsodisch wirkt, und gemüht modern im harmonisch-melodischen Sinne. Man gähnlich gibt sich Wenzel Slápan (* 1889) Poem für Cello und Klavier, ein programmatisches Stimmungsbild, das harmonisch und thematisch die neuromantische Musikrichtung vertritt; doch ist der Erfindungsreichtum Slápan's nicht allzugroß, so daß er häufig auch zu konventionellen Phrasen seine Zuflucht nehmen muß. An dem großen Erfolge dieser Kammermusikmatinee hatte die auf höchster künstlerischer Stufe stehende reproduktive Tonkunst der tschechischen Streichquartette der Herren Hoffmann, Sul, Herold und Jelenka sowie Dr. Slápan als Begleiter am Flügel besonderen Anteil.

Opernzyklus im tschechischen Nationaltheater.

Der Smetana-Festzyklus wurde Mitte der vorigen Woche durch eine Serie moderner tschechischer Opern anderer Lieddichter unterbrochen, um den internationalen Musikfestspielen Gelegenheit zu geben, die gesamte moderne tschechische Oper in Musterbeispielen kennen zu lernen. Ein Musterbeispiel in diesem Sinne war vor allem Janáček's prächtige musikalische Schilderung der unglücklichen russischen Frau „Kataja Kabanova“, die des tschechischen Meisters realistisch-naturalistische Tonsprache so besonders überzeugend offenbart. Auch Foersters „Eva“ ist ein Musterwerk, und zwar der modernen tschechischen lyrischen Oper, ein Werk, das an seinen Stimmungen und poetischen musikalischen Schilderungen ebenso reich ist wie an klanglichen Schönheiten. Dvořaks lyrisches Märchen „Kufalka“ schließlich ist ein Musterbeispiel der tschechischen Märchenoper, deren letzte Blüte Vítězslav Novák's „Laterna“ ist, die im Rahmen des Musikfestes anlässlich des Ausfluges der Festleitung nach Brünn am dortigen tschechischen Theater zur Aufführung gelangen wird. Auch für die Bekanntheit mit Dvořaks liedlicheren Schöpfungen erwies sich die Oper „Kufalka“ als nützlich; denn sie zeigt auch im Opernstile die große Kunst des Symphonikers Dvořak, der den Erfolg als Opernkompontist so heilig ersehnte, ohne ihn zu erreichen. Die Aufführung der Opernwerke unter Ottavů Štréls musikalischer Leitung hatte anscheinlich künstlerisches Niveau, wenn auch nicht alle Solisten als vollkommen in ihren Rollen angesehen werden konnten.

„Ein Lustspiel über das Steinachproblem“ von Karl Scheinpflug ging vor einigen Tagen unter dem Titel „Zweite Jugend“ (Druhá mládí)

über die Weinberger tschechische Bühne. Bekanntlich haben sich bereits Scham und der Tscheche Capel in dramatischer Form zu dieser Frage geäußert; auch ein russisches Stück „Elizer molodsi“ soll es geben. — Im allgemeinen ist der Standpunkt der Dichter — man denke nur an Wilbrandts „Meister von Palmyra“ — ebenso ablehnend, wie der des Physiologen bezeichnend. Die Dichter halten wohl mit Recht eine zweite Jugend dem größten Teil der Menschen für unzutraglich; sie reißt sie aus den gewohnten Verhältnissen, setzt sie in Gegensatz zu der Generation, mit der sie aufwachsen; zu der Stellung, in der sie sich durch ihre Erfahrung befinden; ja der Zwiespalt pflanzt sich in ihr Innere fort: sie wären innerlich gealtert und äußerlich jung, was stets zur Verwirrung, Unzufriedenheit und Unglück führen müßte. — Scheinpflug hat es mit ungewissem Geschick verstanden, die ernste Frage in einer fülle humorvoller, technisch überraschend geschickt gebauter Szenen zu behandeln. Seine beiden Verjüngten, der Professor und der Großkaufmann, geraten durch die nur allzugelungenen Stur in die größten Widerwärtigkeiten. Der Professor hört beinahe das Liebesglück seines Sohnes, da er von dessen Braut für den Bräutigam angesehen wird; der Großkaufmann wieder fühlt sich fast zu der eigenen Tochter hingezogen, da er in ihr, verjüngt, nur allzusehr die Jugendliebe wiedererkennt. Beide sind sie in den größten Geldschwierigkeiten, da den Kaufmann sein eigenes Personal nicht in das Geschäft eintreten lassen will, der andere im Ueberdruß der neuen Jugend mit einer Pflegerin des „Verjüngungs-sanatoriums“ durchgegangen ist. Die Lösung ist sogar schwantmäßig: der Großkaufmann lebt aus dem Irrenhaus, in das er zuletzt gesteckt wurde, als grau geworden Mann zurück, der Professor sucht ruhig den gefährlichen Familienherd auf. — Gespielt wurde, wie in dem Weinberger Theater immer, mit Sorgfalt und Geschick. Die Doppelrolle des Professors und seines Sohnes war, durch Herrn Beverka dargestellt, eine künstlerisch vollwertige Leistung; auch Frau Bedvař verdient besondere Hervorhebung, ohne daß die Leistungen des durchwegs guten Ensembles damit herabgesetzt werden sollen.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Mittwoch 5. philharmonisches Konzert; Donnerstag „Das Mädchen von Heilbronn“; Freitag „Erwartung“, „Phenre espagnole“; Samstag „Cavalleria rusticana“, „Bajazzo“; Sonntag nachmittags „Der Fürst von Pappenheim“, abends „Der Feldherrnhügel“; Pfingstmontag nachmittags „Die blaue Maus“, abends „Boccaccio“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch „Komödie um Rosa“; Donnerstag „Dorine und der Zufall“; Freitag „Die blaue Maus“; Samstag „Die Sache mit Lola“; Sonntag „Die schöne Mama“; Pfingstmontag „Die Sache mit Lola“.

Mitteilungen aus dem Publikum.
Das Beste für Ihre Augen
Liefert **Optiker Deutsch, Prag.**
Graben 25, Kl. Bazar.
1332

Turnen und Sport.
Unsere Alten beim Bundesfest in Karlsbad.

Einem Standpunkt soll und wird das Turnen unserer „Alten“ (war an Jahren, jedoch nicht im Herzen und Gebrauch ihrer Glieder) sein. Der Jugend zum Beispiel soll der Beweis erbracht werden, daß Turnen jung, geistig, körperlich frisch und frei erhält, stark macht.

Wir wollen einen Arzt, Dr. Frommholz (Rärnberg), über den gesundheitlichen Wert des Turnens für die Älteren sprechen lassen:

Des Arbeiters Reichtum ist seine Arbeitskraft. Darum muß das Bestreben aller denkenden Arbeiter auf ihre Erhaltung gerichtet sein. So müssen die Arbeiter das Turnen hegen und pflegen und es auch erreichen, daß man, zumal die älteren Genossen, regelmäßig üben sieht.

Mit zunehmendem Alter macht der Körper verschiedene Veränderungen durch. In den Knochen, die in jungen Jahren zu gleichen Teilen aus Knochenleim und Kalksalzen bestehen, nehmen die mineralischen (Kalk-) Bestandteile zu, der Knochen wird brüchiger. Die Aderwände werden weniger dehnbar und enger, die Gelenke steif, die Muskeln lassen in ihrer Leistungsfähigkeit und Ausdauer nach. Das kommt von einer geringeren Versorgung aller Körperteile mit Blut her. Der ältere Mensch wird „behäbig“. Selbstredend nimmt das Gehirn an dieser „Behäbigkeit“ auch teil und denkt nicht mehr so schnell und scharf, kann sich für Neues nicht mehr begeistern und wird oft stumpf. Die Vorkraft reicht dann nur noch für die Bedürfnisse des täglichen Lebens, aber nicht mehr so recht für eine flammende Begeisterung, für Freiheit und Recht. Muß das sein? —

Nein! Es ist unnatürlich. Lediglich durch Mangel an allgemeiner Bewegung treten die genannten Erscheinungen oft frühzeitig auf. Denn ein 55- bis 60jähriger Mensch soll von dieser Behäbigkeit noch frei sein, zumal ein Arbeiter, und ste lieber den Auaufsen, den Spielern überlassen. Die Älteren befinden sich seit Jahren in derselben Arbeit, die Kinder sind groß und verdienen schon zum Teil mit usw. So wird der rührige Arbeiter selbst ein wenig spießbürgerlich. Da gefällt ihm das Turnen auch nicht recht, er ist in Ehrenämtern und mag nun nicht recht einsehen, warum er sich noch außerdem anstrengen und mit

den jungen Leuten „herumspringen“ soll. Viel bequemer denkt es ihm, am Bierisch zu sitzen und Klug zu sprechen. So bleiben denn an seinem Körper von den zahlreichen Gelenken, Bändern, Muskeln usw. nur noch die in Bewegung, die der Vorkörper dazu zwingt. Die anderen lasten und — rosten. Vor allem die Ader, die nicht durch regelmäßige Beanspruchung bis zur Höchstleistung zur Ausdehnung gezwungen werden, werden stark und schrumpfen sogar ein. Am Brustkorbe verknöchern die Rippenknorpelenden, der Brustkorb kann sich dadurch nicht mehr genügend ausdehnen und Luft aufnehmen. Herz, Lirn, Magen, Eingeweide, alles macht dieses Abwärtsgleiten auf der Bahn des Lebens zum Tode mit und so kommt es, daß Vater und Mutter sogar bei einem einfachen Spaziergange verlegen und zu früh von uns fort müssen, nachdem sie schon länger vorher nicht mehr arbeiten konnten. Das muß nicht sein!

Im Turnen, Sport und Bewegung liegt das Gegenmittel. Schon vor mehr als 2000 Jahren hat der „Vater der Medizin“, der alte Hippokrates, gesagt: „Wohlbeliebte Menschen sterben schneller und eher als magerer!“, ferner: „Die Gesundheit erhält man am besten durch Mäßigkeit in Speise und Trank und durch körperliche Übungen!“ Und er selbst hat es so getan und ist 85 Jahre alt geworden, bei aller Arbeits- und Bewegungsfreiheit. Bis auf den heutigen Tag haben die Ärzte diese alten Erfahrungen bestätigen müssen. Vor mir liegt ein Heft von Dr. Max Emmerich, es gibt unter dem Titel: „Ueber Mittel und Wege zur Gesunderhaltung und Verlängerung des Lebens“ eine Reihe von Übungen, wie sie jeder Arbeiterturner im Verein lernt. Der Mann ist auch erst mit 85 Jahren, mitten in der Arbeit, vom Tode überrascht worden.

Durch planmäßige Loderungsübungen verzögern wir das Verrotten der Gelenke, halten das Verknöchern und ihr Schrumpfen auf. Damit vermeiden wir das beschwerliche Nthma. Die Ader, von Zeit zu Zeit durch einen mäßigen Lauf angestrengt, werden geschmeidig erhalten. Beuge- und Streckübungen des Kampfes in den Grenzen der Leistungsfähigkeit, wessen das Gehirn, das oft werden will, mit frischem sauerstoffreichen Blut, machen es munter und denkfähig. Atemübungen, Bauchlodungen, kurz, eine unzählige Menge von abwechslungsreichen Leistungen, wie sie der Vorkörper lernt, lassen uns das Altern und Faulwerden sehr weit hinausschieben.

Regelmäßig auf dem Turnplatz, möglichst im freien Geiß, und in ganz kurzer Zeit wird sich der ältere Turnende von den nicht turnenden Alten unterscheiden durch frisches Aussehen, Arbeitsfreudigkeit, Munterkeit und — größerer Arbeitsfähigkeit auch im Erwerbsleben.

Run, Genossen von der alten Gilde, alle müht ihr gegeben, daß ihr es dem Turnen zu danken habt, wenn ihr noch frisch, munter und tüchtig seid und auch noch jung fühlt. Eingetreten in die Reihen, schließt sie sich zusammen, werbt und erbringt den Beweis, daß Turnen die beste Medizin ist, die uns über manche Krankheit drüberweggeholfen hat; frischen Mut und frohen Sinn wieder gewedt hat. Einer von Euch in jedem Verein oder jeder Gruppe muß die Altagdisten sammeln, sie zusammenhalten und vor allem durch gutes Beispiel werben und wirken. Belle Begeisterung wird aus den Augen der Jugend leuchten, wenn ihr beim Bundesfest der Jugend durch ein Massenaustreten neuen Mut zu neuer Tat, frische Kraft zur fröhlicher Weiterarbeit geben werdet.

Drum Alte auf und schließt die Reihen, „die Trommel ruft, die Banner wehn“ usw., so heißt es in einem schönen Liede. Lacht es zur Tat werden, denn nur die Tat kann uns erlösen.

Ein Alter ist jungem Drogen.

Falkenauer F. A. 10 gegen Arbeiter-Turn- und Sportverein Mch 5:0 (3:0).

Ich konnte Falkenauer keinen ersten Widerstand leisten; besonders der Ältere Formann war sehr schwach, was jedoch auch die übrige Mch Mannschaft nicht in das beste Licht stellte. Tore für Falkenauer: Fischer drei, Bod und Knecht je eins.

Diensterteilung der Samariter-Kolonie V.

Am Sonntag, den 8. Juni haben die Samariter des 2., 4., 5. und 8. Bezirkes beim Kreisturnen in Seefeld anzutreten. Die Samariter des 1., 2. und 7. Bezirkes haben am Reichsjugendtag teilzunehmen. Ebenso die Samariter des 1. und 15. Kreises der Arbeiter-Madsföhler, soweit sie nicht bei den Ausfahrten und Ausflügen Dienst haben. Die Samariter haben am Sonntag, den 8. Juni, um halb 8 Uhr früh in Tepliz (Schule am Schulplatz) gestellt zu sein. Die Gruppenleiter des 2. Bezirkes und die Patrouillen Turn, Tepliz und Kleinaugeß haben schon Samstag, den 7. Juni, nachmittags 2 Uhr, in der Schule (Schulplatz) gestellt zu sein.

Samstag, den 7. Juni, nachmittags 2 Uhr: Hilfsplatzdienst in der Schule am Schulplatz in Tepliz Bloche-Turn, Holub-Soborten, Ordomanz mit Rat Bloche-Turn; Bahnhofsdienst am Hauptbahnhof in Tepliz die Patrouille Tepliz (Patrouillenführer Anton Kob); Bahnhofsdienst am Waldthorbahnhof Patrouille Kleinaugeß. Alle Patrouillen haben um 6 Uhr abends einzutreten und sich in der Schule (Schulplatz) zu melden.

Samstag, den 7. Juni, abends: Alle Samariter der 1., 2., 3. und 4. Gruppe des zweiten Bezirkes haben um 6 Uhr abends am Schulplatz einzutreffen, um bei der Abendfeier am Sandberg (Schönau) und im Fadelzug durch die Stadt Dienst zu tun.

In der Nacht vom Samstag auf Sonntag haben Dienst: Schule Tepliz (Allegasse, Mädchenquartier) Genossin Prosch und Genossin Cerveny-Tepliz, Rejzer Genossin Günther-

Kleinaugeß und eine Genossin aus Kuffig; Schule Turn (Mädchenquartier) Genossin Helmič-Weiskirchly und Genossin Druza-Kleinaugeß, Rejzer Genossin Luft-Gruppen und Genossin Stanel-Bihanten; Schule Tepliz (Schulplatz, Zentralfeldplatz) die Genossen Jöger, Wessly, Vojádel und Luft-Turn; Turn, Volksschule, die Genossen Weber und Luft; Turn, Bürgerschule, die Genossen Bloche und Weber; Prosch-Blederer; Bihanten Müller; Weiskirchly Franz Ralek; Judmantel Lufsch; Wistritz die Genossen Schwarz und Mattausch; Gruppen Anton Maršil und Anton Kaluta; Seiten; Zuchy-Hundorf und Emil Gebert-Kleinaugeß; Proschau Wenzel Braun; Soborten Emil Holub; Wisterschau Hermann Walter-Kleinaugeß. Diese Genossen und Genossinnen gehen nach Auflösung des Fadelzuges mit den jugendlichen in die betreffenden Unterkünfte und kommen Sonntag früh wieder mit den Jugendlichen nach Tepliz (Schulplatz), wo weitere Befehle erfolgen.

Sonntag, den 8. Juni, vormittags marschieren die ganze Kolonne (außer dem Zentralfeldplatz) in die Sulivan-Anlagen (Königshöhe). Dort Einteilung bei den Jugendspielen und beim Demonstrationzug durch die Stadt. Liegende Hilfsplätze in der Mitte und am Ende des Zuges. Die übrigen Samariter und Samariterinnen marschieren links und rechts vom Zuge (Abstand 10 Schritte). Nachher gemeinsamer Mittagstisch. Dabei verliert die Patrouille Turn den Dienst.

Sonntag, nachmittags 2 Uhr, ist die Kolonne am Schulplatz zum Abmarsch zur Jugendfeier in den Sulivan-Anlagen gestellt. Der Theaterdienst wird noch eingeteilt. Nachdienst in den Schulen die Genossen des 1. und 7. Bezirkes (Einteilung am Sonntag).

Montag, den 9. Juni, halb 8 Uhr früh, bei der Schule in Tepliz (Schulplatz) gestellt. Dann Bahnhofsdienst und Dienst bei den Ausflügen.

Vogel.

Paris, 1. Juni. Das mit großer Spannung erwartete Bogmatt zwischen dem Franzosen Criqui und dem Engländer Danny Frush endete mit einem Siege des letzteren. Criqui wurde nach acht Runden knod out besiegt.

Michigan, 1. Juni. (Gavas.) Das Bogmatt zwischen Carpentier und Gibbons zwiterte, ohne daß es einem der beiden Gegner gelungen wäre, den anderen durch knod out zu besiegen, doch hatte Gibbons während des ganzen Kampfes sichtlich die Oberhand über Carpentier. Das Matt, das in ruhigem Tempo begann, wurde bald überaus heftig. Gibbons bedrohte unangeseht Carpentier, der schon seit Beginn der dritten Runde sichtlich erschöpft war. Carpentier traf im Laufe des Matts Gibbons einigemal am Kiefer, ohne daß es ihm gelungen wäre, ihn niederzurufen oder auch nur sein Tempo zu verlangsamen. Carpentier geht in der neunten Runde mit einer Quetschung des rechten Fußknöchels zu Boden, erhebt sich aber vor Ablauf von zehn Sekunden und hält bis zum Schluß aus, obwohl er hinkt. Gibbons attackiert immer mehr und energischer. Wie in Sportkämpfen verläuft, hat sich Carpentier vor einer Woche die linke Hand gebrochen, doch wurde dieser Unfall geheimgehalten, damit es Gibbons nicht ersahre. Das Matt schloß nach zehn Runden unentschieden. Gibbons siegt also über Carpentier nur noch Punkten.

Radrennen.

Paris, 1. Juni. Im Radrennen Paris-Brüssel siegte der Belgier Sellier.

Der Reichenberger Turnkreis beteiligt sich nicht am Karlsbader Bundesfest. Wie der „Vorwärts“ berichtet, hat am Sonntag, den 1. Juni in Johannisbad bei Reichenberg der außerordentliche Kreisverbandstag der Arbeiterturner des vierten Kreises getagt, in der mit 93 gegen 13 Stimmen (bei sechs Stimmabhaltungen) beschlossen wurde, sich an dem Bundesfest in Karlsbad nicht zu beteiligen.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Kiehnert. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: D. 10.114.

1924

AUSSTELLUNG FÜR KULTUR UND WIRTSCHAFT AUSSIC 31 AUG.